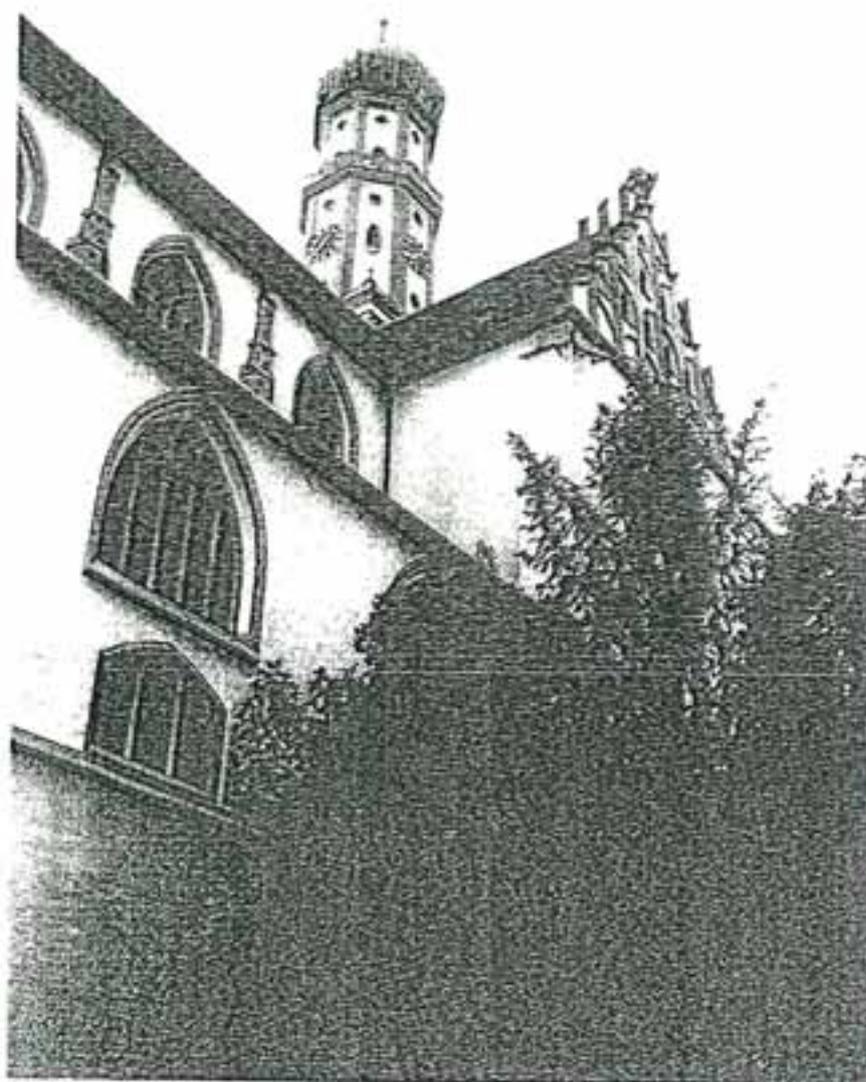


20021400

(OHN)MACHT Kommunalpolitik

Neue Konzepte für uns und unsere Leser

10. bis 14 Juni in Augsburg, Haus St. Ulrich



Ein Seminar der



(OHN) MACHT
Kommunalpolitik

Zum Inhalt

Von Bürgermeistern und Brunnen...

Christian Ude, OB Münchens, *Über politische Weißwursttaktiken*

Dr. Andreas Paust, *Bürgerbeteiligung: Entscheidungsmacht oder symbolische Politik?*

Eberhard Kanski, Bund der Steuerzahler, *Finanzielle Lage der Kommunen*

Albrecht Glaser, *Auf Augenhöhe mit dem Kämmerer*

Ernst-Wilhelm Rahe, *Parteien-Nachwuchs-Schule*

Dr. Helmut Ebert, *Amtsdeutsch und Verständnis – ein Widerspruch ?!*

Dr. Dirk Heuwinkel, *Trends in der Kommunalpolitik*

Ulrich Holefleisch, *Wer hat die Macht im Rathaus?*

Manfred Wick, *Korruption, Strafverfolgung und Presse*

Workshop I, *Parlament – Nein danke*

Workshop II, *Entscheidung verlag*

Workshop III, *Maßnahme durchgeführt*

Workshop IV, *Konzern Kommune*

Monika Jäger, *Fit für Veränderungen*

Teilnehmerliste

Drehscheibe, Infos

IMPRESSUM:

Veranstalter / Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB)
 Fachbereich: Programme für besondere Zielgruppen
 Journalistenprogramm
 Berliner Freiheit 7
 53111 Bonn
 Tel.: 01888 / 515 - 558
 Fax: 01888 / 515 - 566
 floeper@bpb.bund.de

Tagungsorganisation:

Stefanie Heddergott
 Tel.: 01888 / 515 - 555
 Fax: 01888 / 515 - 566
 heddergott@bpb.bund.de

Seminarleitung:

Angela Brunjes (Göttinger Tageblatt)
 Theo Hirnstein (Westfalenpost)

Gruppenleitung:

Monika Jäger (Mindener Tageblatt)
 Günther Knoll (Süddeutsche Zeitung)
 Thomas Remlein (Frankfurter Neue Presse)
 Ludger Möllers (Schwäbische Zeitung)

Tagungsstätte:

Haus St. Ulrich
 Augsburg

Dokumentation:

Lydia Schäfer (freie Journalistin)
 Gettrup 13
 Gut Wewel
 48308 Senden
 lys@lynagroup.de

Fotos:

Lydia Schäfer
 Ulrich Lieber

Von Bürgermeistern und Brunnen

Bei der Vorstellungsrunde mit Lichtbildprojektion wurde deutlich, warum Journalisten zur schreibenden und nicht zur malenden Zunft gehören. Unter dem Motto: „Mein Haus, mein Boot, mein Bürgermeister...“ zeichneten die Teilnehmer persönliches und berufliches, und erläuterten ihre kreativen Ideen. Die abstrakte Skyline Frankfurts fehlte eben so wenig, wie die minimalistische Darstellung des Main-Knies und man erfuhr, dass die Kohl-Ära den touristischen Aufschwung nach Speyer brachte.

Mit den Eigenheiten der Bürgermeister wurde ebenfalls nicht hinter dem Berg gehalten. Da gibt es jemanden, der ist fast so groß wie der heimische Glockenturm, ein anderer war vorher Lehrer – der meist gehasste in der Schule, ein weiterer wünschte sich nichts sehnlicher, als einen Brunnen vor der Rathaus-Tür und obwohl dies vom Rat bereits dreimal abgelehnt wurde, ließ er im Zuge nötiger Restaurationsarbeiten am Verwaltungsgebäude gleich die für einen Brunnen unentbehrliche Wasserader verlegen. Jetzt – endlich, nachdem den Ratsmitgliedern mehr oder weniger die Pistole vor die Brust, oder besser gesagt das Wasser vor die Tür gelegt wurde, sprudelt es Fontänen vor der Eingangstüre.

Abgesehen von einer Ausnahme, haben die Bürgermeister, bzw. ihre Kommune, allesamt das gleiche Problem: kein Geld im Stadtsäckel und den Kopf voller Ideen, die nicht umgesetzt werden können.



Müchtig motivierte Teilnehmer bei dem Seminar (OHN) MACHT Kommunalpolitik

Christian Ude

Über
Politische Weißwursttaktik
 und
journalistische Souveränität

„Man kann per Du sein und trotzdem eine souveräne Berichterstattung leisten. Man kann sich aber auch jahrelang siezen und nur eine Hoferstattung pflegen“, meint Münchens Oberbürgermeister. Problematisch sei da nicht die Ebene der Lokaljournalisten, sondern die der Chefetagen, die sich in Rotary und ähnlichen Clubs ihr Stelldichein geben und somit Clubkollegen gegenüber in einer gewissen ‚Verpflichtung‘ stünden. Den Spagat zwischen Freundschaft und Berufsethos – Nähe und Distanz zwischen dem lokalen Berichtersteller und den Politikern, beschreibt der ehemalige Journalist und heutige Politiker aus seiner Sicht.

Es verlange ein erhöhtes Maß an Professionalität, seine politische Arbeit in einem Ortsverein von der journalistischen zu trennen, berichtet Ude aus eigener Erfahrung. Ein Journalist müsse wissen, Teil der Gesellschaft zu sein und trotzdem in seiner Berichterstattung objektiv bleiben.

Entscheidend bei einem guten Verständnis beider Seiten sei, wenn der Journalist seiner menschlichen Befangenheit bewußt ist und das er unter Umständen einen guten Informanten verliere. Gute Informanten – Hintergrundwissen – benötigten aber Nähe.

„Ich will Sie einladen“, so Christian Ude weiter „durchaus Distanz zu verringern, Nähe zu suchen und sich in die Gedankenwelt der Politiker einzulassen.“ Denn die Journalisten, die erst mit Beginn der Sitzung aufliefen und mit deren Ende direkt wieder ihren Hut nähmen, bekämen eigentlich nichts mit. Das journalistische Ethos werde oft an der

(politischen) Garderobe abgegeben. „Man mag den Politiker nicht, aber lässt ihn die Berichte selber schreiben und veröffentlicht sie auch noch“.

Der Stellenwert der politischen Berichterstattung habe sich im Lokalen verändert. Andere Themen hätten Vorrang, die Welt der Mode und Trends.

„Was ist eigentlich Politik?“ Menschen interessierten sich sehr wohl für Politik. Gibt es genug Plätze in Kindergärten? In welchem Zustand sind die Schulen? Anbindung von Bus und Bahn, Zustand der Krankenhäuser, der Altenheime....um nur einige Beispiele zu nennen.

Man müsse, meint der Münchner OB, bei den Lesern Interesse für politische Themen wecken. Hier laute die Frage, so eine Teilnehmerin, ob das überhaupt Aufgabe eines Journalisten sei. Verantwortlich sei der doch für die Berichterstattung. Die Politiker, auch die in kleinen Kommunen, seien zuständig für die Politik und somit sei es ihre Aufgabe, die Bevölkerung für

JOHN MACHT

Kommunalpolitik

politische Themen zu sensibilisieren. Zumal die Beschlüsse in den Sitzungen oft einer Farce entsprächen, so ein weiterer Redakteur. Beschlüsse würden am grünen Tisch gemacht.

Ude empfiehlt Rubriken unter dem Motto „Nachgefragt“ einzuführen, und den Politikern nochmals auf den Zahn zu fühlen.

Mangelnde Transparenz seitens der Politik, wies der Politiker jedoch von der Hand. Bis eine Entscheidung innerhalb einer Partei zu einem Thema gefallen sei, müssen oft viele Meinungen verschiedener Personen und Institutionen eingeholt werden. Würden diese täglich bekannt gemacht, wäre man bald Spielball der Presse und spätestens nach einer Woche politisch tot. „Nichts wird von den Medien gnadenloser heruntergemacht, wie ein nachvollziehbarer Lernprozess“, so der OB.

Aus dem Plenum wurde eben dieser Mangel an Breitschaft kritisiert. Es käme einer Schaufensterrede gleich, die Leser erwarten schließlich, dass glaubhaft und transparent diskutiert würde. „Es geht hier nicht um Schaufensterreden“, verteidigt Ude seinen Standpunkt, das wäre Schönfärberei. Er erwarte, dass Stadträte vorher darüber reden würden. „Letztendlich, soll es den langen Entscheidungsweg begründen“ und das sei vornehmlich für die Presse

gedacht. Parteikollegen hätten den Entscheidungsprozess mitgetragen und „den Kollegen von der CSU, den überzeuge ich nicht. Zieht sich die gesamte Presseschaft ins Weißwurstzimmer zurück, streich ich mich von der Rednerliste und folge ihnen eben ins Weißwurstzimmer“. Mit schönen Reden oder gar Verlautbarungsjournalismus, hätte das nicht zu tun. Eher mit demokratischer Arbeit.

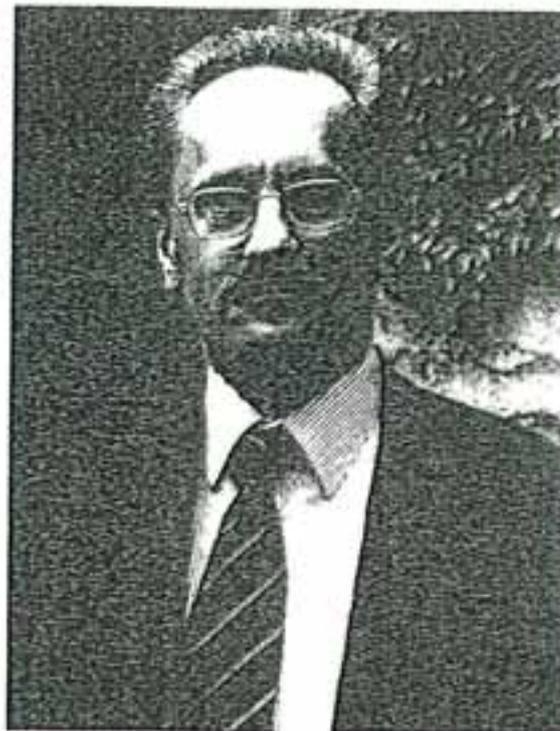
„Es liegt an dem, der oben sitzt...“, so eine Teilnehmerin und weiter: „wenn kein Verlautbarungsjournalismus betrieben wird, drucken die Parteien eigene Zeitungen“.

Christian Ude meinte: „Hier ist keine allgemeine Antwort möglich, da es in einer Stadt wie München mit

derartiger Pressepräsenz (fünf Tageszeitungen, Rundfunk) schon die Situation verbietet ein eigenes Publikandum auf den Markt zu

bringen.“ Das wäre eine Verschwendung von Steuergeldern „aber in Städten oder Gemeinden mit lediglich einer Zeitung vor Ort, die, sich ihrer Monopolstellung bewußt, gewisse politische Texte nicht veröffentlichen, weil es ihr farblich nicht passt, sollten durchaus ihre eigenen Stadtblätter vertreiben dürfen“.

Was ist aber mit den Themen, die keine ‚Karriere‘ machen, bei denen es keine Rolle spiele, ob man darüber schreibe oder nicht, was mit Bürgerinitiativen? „Jedes Thema, das Menschen erreicht, hat Karriere gemacht“, so Ude. Viele schauten nur vor die eigene Türe, interessierten sich nicht für die anderen. „Damit muss nicht nur die Politik leben, sondern



(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

auch die Bürgerinitiativen"; schließt Ude und betont, dass die Journalisten in dieser Frage immer noch am längeren Hebel säßen, als die Politiker. Hat die Politik, denn überhaupt Themen die Leute interessieren?

Ude: „Nein“ – aber das sei Kalkül des Politikinteresses. Über Finanzen wolle man nichts lesen, dann schon lieber etwas über Wahlkampfstrategien. Siehe Möllemann.

Ist es der Mangel an kreativen Köpfen in der Politik, die keine politischen Themen mehr nach außen bringen?

„20 Jahre lang hätte ich diese Analyse für richtig gehalten“, so der Oberbürgermeister Münchens, seit drei „die kreativen Köpfe gingen zu den Grünen oder gar nicht. nicht mehr in die Politik. Seit drei Jahren gibt es jedoch ein Trendwende.“ Gegen den Vorwurf, doch die Räte seien heute nicht schlechter als vor zwanzig Jahren. „Man kannte sie nicht, die damaligen Hinterbänkler, nur die schillernden Erscheinungen sind uns in Erinnerung geblieben...“.

Ob die Politiker heute schlechter oder besser sind, konnte abschließend nicht geklärt werden, doch eins sei klar: die Privatsphäre würde nicht mehr gewahrt, ist sich Ude sicher weder von der Presse, noch von der Politik.

Dr. Andreas Paust

Bürgerbeteiligung: Entscheidungsmacht oder symbolische Politik?

„Trotz zunehmender Politikerverdrossenheit interessieren sich die Bürgerinnen und Bürger nach wie vor für Politik - auch und gerade vor ihrer Haustür“, so Dr. Andreas Paust.

Nachdenkliche Politiker propagierten deshalb in letzter Zeit verstärkt Konzepte wie Zivilgesellschaft, neues Ehrenamt, Lokale Agenda 21 usw. Vom passiven Einwohner soll der Weg zum aktiven Bürger führen.

Aber Verwaltungen und Kommunalpolitiker verstünden häufig etwas anderes unter Bürgerkommune als die Bürger selbst. Bürgerinnen und Bürger würden danach fragen, wie sie kommunalpolitische Entscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen könnten. Kommunalverwaltungen bzw. -politiker griffen dann verstärkt zu Bürgerbeteiligungsverfahren, wenn ihnen „der Widerstand entgegen schlägt“. Sie alle könnten auf ein umfangreichen Set

von Beteiligungsverfahren zurückgreifen, erläutert

„Aber können Bürgerinnen und Bürger damit wirklich die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen beeinflussen, oder dienen die Beteiligungsverfahren nur dazu, den Eindruck zu erwecken, die Bürger könnten etwas bewegen?“

Es gäbe in Deutschland ein ausgereiftes und differenziertes

(OHNE) MACHT

Kommunalpolitik

System von Bürgerbeteiligungsverfahren.

Zum einen die in den Gemeindeordnungen normierten Formen, wie die Wahl der Gemeinderäte, Bürgermeister, Einwohnerfragestunde, Anregungen, Beschwerden, Einwohnerantrag, Einwohnerversammlung, (Ausländerbeirat), Mitwirkung in Ratsausschüssen, Bürgerbegehren/Bürgerentscheid.

Es existierten gesetzliche Beteiligungsformen, wie vorgezogene Bürgerbeteiligung, Planfeststellungsverfahren, Jugendhilfeausschuss.

Es gibt freiwillige Beteiligungsformen, z.B. Bürgerbefragung, Bezirksjugendrat Jugendparlament, Seniorenbeirat.

Es gibt informelle Beteiligungsverfahren, wie Leserbriefe, deren Wirkung man nicht unterschätzen sollte, Kundgebungen, Demonstrationen, Briefe, Faxe, E-Mails oder eine persönliche Ansprache in der Gemeinde.

Weiterhin gäbe es qualitative Beteiligungsformen, z.B. Runder Tisch, Zukunftskonferenz, Zukunftswerkstatt, Lokaler Dialog, Bürgerdialog Bürgerforum, Anwaltsplanung, Gemeinwesenarbeit, Quartiersmanagement, Planning for real, Mediation, Planungszelle, Bürgergutachten, Bürgerhaushalt.

Schließlich sind es die selbst organisierten Beteiligungsformen, bei denen Bürger kommunale Aufgaben selbst übernehmen bzw. öffentliche Arbeitsleistungen selbst erbringen. Diese würden aber nicht als Bürgerbeteiligungsverfahren verstanden, weil bei ihnen die Einflussnahme auf den politischen Prozess, auf das

Zustandekommen von allgemein verbindlichen Entscheidungen, fehle.

Bürgerbeteiligungsverfahren können nach Andreas Paus anhand von folgenden Dichotomien beurteilt werden:

- Bürger können von sich aus tätig werden.
- Bürger werden von Rat und Verwaltung beteiligt.
- Jeder der will, kann mitwirken.
- Nur benannte, zufällig ausgewählte oder von den Bürgern gewählte Personen können mitwirken.
- Beteiligungsform ist auf Dauer angelegt.
- Beteiligungsform ist projektbezogen.
- Verfahren hat einen hohen Lerneffekt.
- Verfahren hat geringen Lerneffekt.
- Verfahren aktiviert Passive.
- Verfahren aktiviert Aktive.
- Verfahren ist problemlösend.
- Verfahren ist konfliktlösend.
- Ergebnisse sind verbindlich.
- Ergebnisse sind unverbindlich

Eine genaue Analyse der Beteiligungsverfahren ließe folgende Schlussfolgerungen zu:

Die meisten Bürgerbeteiligungsverfahren seien passiv, d.h. Bürger könnten nicht von sich aus tätig werden, sondern würden von Verwaltung und Politik zum Handeln aufgefordert. Das zähle für alle freiwilligen und alle qualitativen Beteiligungsformen. Aktiv hingegen seien alle informellen Beteiligungsverfahren und das Bürgerbegehren.

Schließlich seien die gesetzlichen und Teile der in den Gemeindeordnungen normierten Verfahren obligatorisch.

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Bei den wenigsten Bürgerbeteiligungsverfahren könnten viele oder gar alle Bürger mitmachen; das gelte sowohl für die in den Gemeindeordnungen normierten als auch die informellen Verfahren. Meistens könnten nur die von einer Maßnahme Betroffenen, die von Ratsfraktionen oder Verbänden benannten Bürger mitwirken.

Bei den meisten Bürgerbeteiligungsverfahren erfolge ein projektbezogenes Engagement der Bürger.

Viele Verfahren haben für die Bürger nur einen geringeren Lerneffekt. Faustregel: je weniger sich beteiligen können, desto größer ist der Lerneffekt.

„Fast alle Beteiligungsverfahren dienen der „Aktivierung bereits Aktiver“ und leiden unter einer Mittelschichtdominanz. Nur wenige Verfahren, wie die Planungszelle, die Anwaltsplanung und die Gemeinwesenarbeit aktivieren die bisher politisch Inaktiven“, so Dr. Paust.

Die meisten Verfahren seien (rechtlich) unverbindlich. Das sei bei den freiwilligen, den qualitativen, den informellen und bei Teilen der normierten Beteiligungsformen so. „Das einzig rechtlich verbindliche Verfahren ist der Bürgerentscheid“, betont der Politiker.

Angesichts dieses Erscheinungsbildes der Bürgerbeteiligung könnten folgende Forderungen entwickelt werden:

Es müsse eine echte Beteiligungskultur entstehen. In den Kommunen müsse eine partizipationsfreundliche Stimmung herrschen. Beteiligung der Bürger darf von Politik und Verwaltung nicht als Störfaktor, sondern als Bereicherung erkannt werden. Die Politik müsse sich zurücknehmen und eine neue Rolle als Moderator ergreifen. Die Verwaltung müsse ihre wenigen „Beteiligungsinseln“ auf den gesamten Apparat ausdehnen.

Partizipationsfreundliche Stimmung meint aber nicht Partizipationszwang. Das Recht des einzelnen Bürgers auf politische Apathie solle gewahrt bleiben.



Bürgerbeteiligung benötige einen institutionellen Rahmen. „In der Verwaltung muss ein Partizipationsmanagement existieren, das eine frühzeitige Informationspolitik sicherstellt und für eine überlegte Anwendung der Verfahren sorgt. Sie muss neue Kommunikationsformen für die Bürgerbeteiligung

nutzbar machen: z.B. Offenlegen von Plänen im Internet, Einrichtung von Meinungsforen, und Ratsinformationssystemen.

Denkbar ist die Schaffung eines Bürger- und Beteiligungsbeauftragten oder die Einrichtung einer Haushaltsstelle „Bürgerbeteiligung“ zur Finanzierung der Verfahren und der Umsetzung der Ergebnisse. Die Politik muss ein Beteiligungskonzept beschließen. Nötig sind Regeln, nach denen

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Bürgerbeteiligung zu Ergebnissen kommen muss, damit es keine Entwicklung vom „Runden Tisch zur Langen Bank, gibt“, so Andreas Paust. Nötig hier für seien Regeln, nach denen die Beteiligungsergebnisse übernommen würden, um negative Partizipationserfahrungen bei den Bürgern zu vermeiden. Nicht zu vergessen, die Sicherstellung der sozialen Ausgewogenheit der Beteiligung.

„Bürgerbeteiligung darf nicht aktivistisch sein, sondern muss wohlüberlegt erfolgen“, fordert Andreas Paust.

Es gelte, genau zu überlegen welche Form der Bürgerbeteiligung gewählt würde.

Beispiel: Zukunftskonferenz. Hier diskutieren maximal 64 Personen 2,5 Tage zu einer Aktion.

Frage: Wer beteiligt sich an solche Verfahren?

Paust: Erfahrungsgemäß Meinungsbildner, Vereins- und Verbandsvertreter. Und wie verbindlich sei das Ergebnis? „Völlig

unverbindlich, aber mit hohen Realisierungschancen“, so Dr. Paust weiter „es gibt nur eine Form der verbindlichen Bürgerbeteiligung und das ist der Bürgerentscheid“. „Auch wenn der Inhalt gegen geltendes Recht verstößt?“ „In diesem Falle nicht, das ließe der Rat nicht zu.“

Aber gerade diese qualitativen Verfahren seien sehr selektiv. Es würden nicht alle Gruppierungen zugelassen. „Diese Verfahren sind ausgedacht worden, damit an bestehenden Strukturen nichts geändert wird.“ So Stimmen aus dem Plenum.

Paust: „Jein, es gibt Missbrauch von Bürgerbeteiligungsverfahren. Ich beschreibe nur den Idealzustand. Das es in der Praxis anders aussehen kann, ist mir wohl klar.“ Er apellierte an die Journalisten, die Bürger, zu ernsthafter Bürgerbeteiligung auf zu fordern.

In Regionen, wo das Interesse an Bürgerbeteiligung groß sei, dort „ist auch die Wahlbeteiligung hoch“, sagen Statistiken.

Frage: „Macht Bürgerbeteiligung Sinn? Letztendlich werden sie doch nicht ernst genommen“, so ein Redakteur. Ein weiteres Problem sei, dass die Bürger sich im Rat oft dem Redeniveau der Politiker anpassen müssten, „was nicht jedem leicht fällt“.

Paust: „Das sind Strukturen, die vorgegeben sind und es ist schwierig diese auf zu brechen.“

Frage: „Wer könnte denn Interesse haben, diese Strukturen auf zu brechen?“

Paust: „Niemand, die sind in der Natur des Systems. Es scheitert an dem nicht vorhandenen Widerstand. Den gibt es nicht. Wann findet z.B. eine Ausschusssitzung statt.? Viele Frauen können aufgrund der Kinderbetreuung nachmittags nicht in den Ausschuss. Abends geht es aber auch nicht, das widerspricht den Verwaltungsvorschriften.“

Frage: „Gut, aber man kann mit der Zeitung auch schon einiges erreichen. Berichterstattung kann schon etwas bewegen, zum Beispiel mit TED-Umfragen.“

Paust: „Das Problem mit den TEDs ist, das sie nicht repräsentativ sind.“

Dr. Andreas Paust

Geboren 1961 in Düsseldorf studierte Politikwissenschaft an der Universität Duisburg. Nach seinem Zivildienst war er als Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion zunächst in Neuss und ab 1997 in Kiel tätig. 1999 promovierte er zum Dr. phil. an der FernUniversität Hagen und ist seit

2001 Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion Wuppertal. Nebenberuflich beschäftigt er sich mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Einrichtung der „Informationsstelle Bürgerbegehren“ (<http://www.buergerbegehren.de>).

Folgende Schriften wurden von ihm veröffentlicht:

- Arbeitshilfe Bürgerbegehren. Ein Praxisleitfaden, Bonn 2001
- Vom Bürgerbegehren zur Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/2000
- Direkte Demokratie in der Kommune. Zur Theorie und Empirie von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid, Bonn 1999
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Deutschland, in: Stiftung Mitarbeit (Hg.), Bürgerbeteiligung und Demokratie vor Ort, Bonn 1997

Gruppenarbeit bei Sonnenschein



Haushaltskrise der Kommunen wird sich in den nächsten Jahren verschärfen, sofern es nicht zu einer umfassenden kommunalen Finanz-



reform kommt. Dafür spricht, dass die aktuellen negativen Finanzierungssalden derzeit steigen. Sie werden als „Soll-Fehlbeträge“ (ähnlich den Verlustvorträge beim Unternehmen) in den nächsten Haushaltsjahren die Kommunen zusätzlich belasten.

Um die aktuelle Schieflage in den Kommunalfinanzen zu beseitigen, schlägt der Bund der Steuerzahler vor:

In allen deutschen Gemeindeordnungen sollte die Verpflichtung zum Haushaltsausgleich aufgenommen werden, da dann das Defizit wenigstens nicht im Rahmen der Haushaltsplanung auftreten kann. Kommunale Vermögenswerte wie städtischer Grundbesitz, Aktienpakete

und Beteiligungen an Stadtwerke etc. gehören auf den Prüfstand. Mögliche Privatisierungserlöse sind zweckgebunden in den Schuldenabbau zu stecken.

Strenge Beachtung des Konnexitätsprinzips (wenn den Kommunen neue Aufgaben zur Erfüllung zugewiesen werden, dann sind auch entsprechende Einnahmen zur Verfügung zu stellen).

Schnellstmögliche Einführung eines neuen kommunalen Haushaltsrechts: doppelte Haushaltsführung (Doppik) statt Kameralistik. Zusätzlich sind moderne betriebswirtschaftliche Kostenrechnungssysteme in die kommunale Haushaltsführung aufzunehmen.

Verschwendung (auch in ihrer speziellen Form der Korruption) ist einzudämmen.

Schnellstmögliche Beschlussfassung und Umsetzung einer kommunalen Finanzreform (Elemente: Abschaffung der Gewerbesteuer wegen der aufgezeigten Unsicherheiten, bessere Beteiligung der Kommunen an Einkommen- und Umsatzsteuer).

Eberhard Kanski

Eberhard Kanski, Jahrgang 1960, absolvierte nach dem Schulbesuch eine Berufsausbildung in der Kommunalverwaltung. In Anschluss folgten Wehrdienst und Studium der Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Finanzwissenschaft in Kiel. Seit 1990 ist Eberhard Kanski Mitarbeiter des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen.

Schwerpunkt seiner Sacharbeit ist die Analyse kommunaler Haushalte. Ferner beschäftigt er sich mit der Verwaltungsreform der Kommunen und ist Mitverfasser diverser Schriften zum Thema „Kommunal Finanzen“.

Er arbeitet in verschiedenen Gremien des Gesamtverbandes des Bundes der Steuerzahler, u.a. in der Arbeitsgruppe „Kommunal Finanzen“. Darüber hinaus befasst er sich um Aus- und Fortbildung von Lokaljournalisten, etwa in der Journalistenschule Ruhr (Essen) und bei vielen anderen Tageszeitungen in Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Brandenburg.

Seit Jahresbeginn 2002 leitet Eberhard Kanski die Haushaltsabteilung des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen.



Zwiesprache unter Kolleginnen....

Tabelle 1:

Kommunal финанzen 2000 bis 2002 in den alten und den neuen Ländern

Einnahmen/ Ausgaben	2000	2001	2002	2000	2001	2002
	Mrd. EUR			+/- %		
Einnahmen	147,05	143,95	143,20	0,8	- 2,1	- 0,5
<u>darunter:</u>						
Steuern	51,91	49,06	49,60	1,8	- 5,5	1,1
<u>darunter:</u>						
Gewerbsteuereinnahme	19,34	17,14	17,10	- 0,3	- 11,4	- 0,3
Umsatzsteueranteil	2,66	2,68	2,76	2,4	0,5	3,1
Einkommensteueranteil	21,28	20,42	20,93	3,7	- 4,1	2,5
Gebühren	16,94	16,54	15,97	0,5	0	- 0,5
Laufende Zuweisungen von Land/ Bund	39,41	39,34	38,75	7,5	- 0,2	- 1,5
Ausgaben	145,12	147,91	148,10	1,0	1,9	0,1
<u>darunter:</u>						
Personal	39,50	39,32	39,85	0,8	- 0,5	1,4
Sachaufwand	28,00	28,55	29,05	2,0	2,0	1,8
Soziale Leistungen	26,61	27,34	28,45	2,2	2,7	4,1
Zinsen	5,20	5,30	5,50	- 2,7	2,0	3,7
Sachinvestitionen	24,58	24,19	22,55	- 0,0	- 1,6	- 6,8
davon:						
Baumaßnahmen	18,87	18,42	17,50	0,0	- 2,4	- 5,0
Finanzierungssaldo	1,92	- 3,95	- 4,90	x	x	x

Tabelle 2:

Kommunale Steuereinnahmen 1980 bis 2002

Jahr	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002
Einnahmen	In Mrd. EUR						
Steuern	24,2	28,8	35,4	44,1	51,9	49,0	49,6
davon:							
a) Gewerbesteuer	10,1	12,2	15,7	15,6	19,3	17,14	17,10
b) Gemeindeanteil Einkommensteuer	10,6	12,5	15,1	21,5	21,3	20,4	20,9
c) Gemeindeanteil Umsatzsteuer	x	x	X	x	2,7	2,7	2,8

Hinweis: Kommunale Beteiligung an der Umsatzsteuer erst seit 1996.

Quelle: Deutscher Städtetag, Gemeindefinanzbericht 2002, eigene Zusammenstellung

Auf Augenhöhe mit dem Kämmerer

„Seht Ihr den Mond dort stehen, er ist nur halb zu sehen“. Ein altes Lied von Mathias Claudius bringt neuen journalistischen Nutzen: „Seht Ihr den Mond dort stehen, er ist nur halb zu sehen“. Frankfurts ehemaliger Kämmerer Dr. Albrecht Glaser nahm den halben Mond als Beispiel, um die journalistische Wahrheitssuche zu symbolisieren und aufzufordern, sich für die Suche nach Ursachen nicht mit Halbheit und –wahrheiten zu begnügen.

Die Kommunen sind arm, laute die Klage. Doch die Analyse der Statistiken ergebe, dass sich die Steuereinnahmen der Gemeinden von 1970 bis 1989 vervierfachen; auch in den vergangenen Jahren können sich die Gemeinden nicht beklagen über ihre Einnahmen. „Ich bringe Sie auf Augenhöhe mit Ihrem Kämmerer“, versprach Glaser.

Er legte anhand statistischer Erhebungen dar, dass der Bund mit gesunkenen Einnahmen klarkommen muss, die Länder dagegen leicht gestiegene Einnahmen haben.

Die Kommunen sind bei den Einnahmen die Gewinner. Was die Steuern anbelangt, spielt für Glaser die Musik in den Gemeinden bei Gewerbesteuer und Einkommenssteuer. Die großen Städte erhalten über die Gewerbesteuer den Großteil der Einnahmen, die kleineren Gemeinden holen ihn über die Einkommenssteuer rein.

Die Einkommenssteuer-Einnahmen sind gestiegen, die Gewerbesteuer-Einnahmen waren bisher konstant. Zu Einbrüchen der Gewerbesteuer führt 2002 eine Änderung des Steuergesetzes für Unternehmen. Große Städte,

wie Frankfurt, haben darunter zu leiden. Und dennoch ist das nicht die Ursache für die Armut der Kommunen.

Glasers Statistiken führten vor Augen, dass es kein Einnahme-Problem gibt, sondern ein Ausgaben-Problem. Die Städte und Gemeinden haben mit Kostensteigerung in allen Bereichen zu tun. Ein Kostenexplosion aber stellt sich im Bereich Sozialhilfe dar.

Verursacht durch steigende Arbeitslosigkeit ist seit 1982 deren Anteil kontinuierlich gestiegen, soziale Sicherung mache den Löwenanteil der Ausgaben aus. „Ratzfatz haben Sie steigende Zahlen“, so Glaser, „und Länder und Bund lehnen sich zurück: wir haben doch nichts gemacht“. Am Ende aber hätten sie durch ihre Gesetzgebung die Finanzmisere verursacht.

Für Glaser stellt sich die Frage: „Die Konnexität nach Bundes- und Landesverfassungsrecht als Lösung?“. Wer bestellt, muss zahlen! Würde nach diesem Prinzip der Konnexität gehandelt, wären die Kommunen ihr Finanzproblem los, lautet Glasers Prognose. Am Beispiel des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatzes untermauert Glaser seine These. Den Rechtsanspruch habe der Bund gegeben. Von

den Ländern seien die Standards für die Kindergärten festgelegt worden. Umsetzen aber müssten die Kommunen das und durchschnittlich 1800 DM für einen Kindergartenplatz bereitstellen. Unterstützung von Bund und Ländern gebe es nicht. „Die Länder sollten Anwälte der Kommunen sein, und deren Interessen im Bundesrat durchsetzen. Aber der Bundesrat ist nicht mehr dieses Kontrollorgan“, betonte Glaser. Er kritisierte, dass der Bundesrat inzwischen zur Schlichtungsstelle für Bundestagsangelegenheiten geworden sei.

Für den Referenten ist es eine klare Sache: „Wir brauchen eine Verfassungsänderung, sonst sind die Kommunen der verlierende Teil“. Das Problem der nicht geleisteten Konnexität müsse gelöst werden – juristisch oder politisch. 70 bis 90 Prozent aller Bundes- und Landesgesetze werde von den Kommunen vollzogen.

Der Anteil der Aufgaben, die sich aus der freiwilligen kommunalen Selbstverwaltung ergeben, liege nur bei 10 Prozent. Das Ungleichgewicht sei für die Kommunen nicht mehr auszuhalten. Deshalb sei auch „die publizistische Wahrnehmung dieses Problems“ so wichtig. Und für dessen Erklärung empfiehlt Glaser, den Mond nicht zu vergessen: er ist nur halb zu sehen.

Die Erklärung der Finanzmisere der Kommunen stand im Zentrum des Vortrags. Dass die Sozialhilfekosten den Gemeinden das Genick brechen, ist bekannt. Die Lösung des Problems werde zwar gefordert, aber stehe nicht auf der Tagesordnung der Politik, erklärte Glaser in der anschließenden Diskussion.

„Die Änderung ist kein Gebot der Stunde“. Möglich sei sie, wenn die Kommunen sich auf Grundgesetz-Artikel 4a, III beriefen, um den Bund für eine Kostenübernahme in die Pflicht zu nehmen.

Glasers Forderungen an den Staat gingen in der Diskussion weiter. Der

undurchschaubare Dschungel von 32 Steuerarten muss seiner Meinung nach gelichtet werden. „An diesem System ist etwas falsch, weil wir unsere Steuererklärung nicht selber machen können“, argumentierte er. Für ihn ist „eine Entrümpelung“ des Steuersystems fällig und er ist sicher, „ein höheres Maß an Transparenz schafft



höhere Gerechtigkeit“, was bei den Steuerzahlern zu Akzeptanz des Systems führe. Beispielhaft für Glaser ist die Schweiz: „Dort kann jeder Kuhknecht seine Steuererklärung erledigen“. Das sei dort nur ein Problem für die Steuerberater, „die leiden Not, aber die machen was Vernünftiges – Fremdenverkehr oder Käs...“.

In der Bundesrepublik sei die Lobby für die Kommunen zu schwach, antwortete Glaser auf die Frage, warum es nicht zu Änderungen komme. Weiteres Problem für grundlegende Reformen sei, die unabänderlich Deutsche Verfassung. So hält er eine Länder-Neuregelung für überfällig. „Unerträglich sei die Anzahl von 16 Bundesländern“, in denen jedes die gleiche Ministerial-

bürokratie vorhalte. „Der größte Käs“ ist für Glaser, dass der Staat der „Raffke-Veranstaltung Fußball“ etwas dazugibt. Der Finanzexperte, der seinen Vortrag

nach dem WM-Spiel Deutschland – Kamerun hielt: „Der Ball ist ja nicht rund, der Ball ist teuer“.

Albrecht Glaser

Geboren am 8. Januar in Worms Studium der Rechts- und Staatswissenschaften-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und Tübingen.

Nach dem ersten und zweiten Staatsexamen machte er eine Ausbildung zum Steuerjuristen in der Finanzverwaltung Baden-Württemberg und war bis 1979 Dozent an der Fachhochschule für Finanzen in Ludwigsburg.

Von 1979 bis 1987 übte er das Amt des Bürgermeisters von Bretten und Waldbronn (Baden-Württemberg) aus. Gleichzeitig war er Präsidiumsmitglied des Städte- und Gemeindebundes Baden-Württemberg.

Seit 1988 war er kommunaler Wahlbeamter des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen als Kämmerer, Dezernent für

Krankenhäuser, Jugendhilfe und andere Sozialeinrichtungen tätig. In die CDU trat er 1971 ein. Die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hat ihn am 16. November 1995 zum Stadtrat für Wirtschaft und Gesundheit gewählt. 1997 übernahm er das Amt des Kämmerers, das er bis 2001 ausübte. Seit dem 1. Januar 2002 ist Glaser einer der beiden Geschäftsführer der AGB-Holding, in der sämtliche Wohnungsbaugesellschaften der Stadt Frankfurt zusammen gefasst sind.



Fit in den Tag, hier erste Flugversuche.

(OHNE) MACHT

Kommunalpolitik

Ernst-Wilhelm Rahe

Wandel der Parteiorganisation: Parteien-Nachwuchs-Schule

Abnahme der Mitgliederzahlen, der Parteiidentifikation, der Wahlbeteiligung – viele Gründe, die den SPD-Ortsverband Minden-Lübbecke dazu veranlasste, über qualifizierten Nachwuchs nach zu denken. Ernst-Wilhelm Rahe, verantwortlich für die Pressearbeit des Ortsvereins, sprach über Inhalte der Schule.

„Wer neue Mitglieder für eine Partei werben will, muss sich der gesellschaftlichen Wirklichkeit stellen“, beginnt Rahe. Die etablierten Massenorganisationen (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien etc.) würden an Attraktivität verlieren. Gesellschaftliches Engagement brauche aber gerade in der Politik viel Geduld. Die Einzelinteressen betroffener Bürgerinnen und Bürger machten es oft schwer, konkrete politische Ideen (auch in der Kommunalpolitik) erfolgreich umzusetzen.

Zudem habe das Image der Politik bzw. der Politiker stark nachgelassen. Überregionale und lokale Negativbeispiele hätten dazu geführt, dass ein politisches Amt nur noch wenig gesellschaftliche Anerkennung mit sich bringt. Nicht nur das: ein Ortsvereinsvorsitzender erhalte gerade mal 200 Euro für seine Tätigkeiten. Um qualifizierten Nachwuchs zu finden, müsse man selber aktiv werden und aus der Freiwilligen-Forschung lernen.

Freiwillige möchten:

1. Begrenzte Aktivitäten auswählen nach eigenen Interessen und Fähigkeiten
2. Aktivitäten selbst bestimmen

3. Nicht überfordert werden, der zeitliche Rahmen muss begrenzt und planbar sein
4. Sich selbst und anderen helfen (Selbsthilfeprinzip)
5. Kontakt und Kooperation, aber nicht Vereinnahmung
6. Fachliche Anleitung und Absicherung
7. Versicherung und Entschädigung ihres Aufwandes
8. Anerkennung individueller Leistung

„Werfen wir einen Blick in den sozialdemokratischen Alltag“, so Rahe. Die Motive, Mitglied einer politischen Partei zu werden seien höchst unterschiedlich. Hierzu zählen unter anderem: Persönliche Kontakte zu anderen Mitgliedern, der Wille, örtlich zu wirken, Partner/Partnerin ist in der SPD „und manchmal ist es auch die Familientradition, die jemand zu einer Mitgliedschaft bewegt“.

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Frage: Was halten die Angestellten von ihren Texten, die bei ihren Arbeiten entstehen? Welche Erfahrungen haben sie gemacht?

Ebert: Ich habe schon mit Behördenangestellten in Workshops verschiedene Texte formuliert und schon die Kollegen haben nach Durchsicht ihrer Arbeiten untereinander gefragt: Wie meinst Du das eigentlich? Damit die Angestellten von Ihrer Überreglementierung herunter kommen können, müssten intern drei Fragen geklärt werden: Wo bin ich? Was will ich? Wo will ich hin



Frage: Beschlussvorlagen liegen jeden Tag in den Redaktionen auf dem Tisch. Warum wird das nicht sofort einfacher formuliert?

Ebert: Es fehlt eine Benutzeroberfläche. Das ist eigentlich auch Aufgabe einer Pressestelle.

Frage: Wir verwenden ja notgedrungen Begriffe wie Bezirksregierung, müssen wir das jedesmal erklären?

Ebert: Soweit nicht, man muss aber über ein Konzept für Lokalzeitungen nachdenken.

Frage: Ein durchschnittlicher Politiker versteht manchmal die Beschlussvorlagen nicht. Ist das vielleicht Absicht?

Ebert: Das schließe ich nicht aus.

Eine Idee, damit Verwaltungsleute den Arbeitsalltag in den Redaktionen besser verstehen und warum aus Zeitmangel der Redakteur nicht immer als Übersetzer fungieren könne, sei es Verwaltungsbeamte in die Redaktion ein zu laden. Ein Redakteur der Süddeutschen berichtete darüber und habe sehr gute Erfahrungen gemacht. Ebert bestätigt: dass der persönliche Kontakt fehlt. Aber der müsse auch gepflegt werden.

Fortsetzung Thesen: „Fremdsprache Amtsddeutsch“ PD Dr. Helmut Ebert



(JOHN) MACHT

Kommunalpolitik

Dr. phil. habil. Helmut Ebert

Jahrgang 1958, Studium der Germanistik, Kommunikationsforschung und Psychologie 1986 Promotion Alltagssprache und religiöse Sprache Luthers, Habilitation über Textfunktionen und Strukturen von Unternehmensleitbildern Geschäftsführer von Dr. Ebert & Partner, Linguist und Designer, Beratungsgesellschaft für Unternehmenskommunikation und CI, Lehrbeauftragter für Unternehmenskommunikation an der RWTH, Aachen. Privatdozent für Germanistische Linguistik an der Universität Bonn, Vertretungs- und Gastprofessuren in der Zeit von 1994-1999 an den Universitäten Greifswald, Osnabrück, Innsbruck und der TU Chemnitz. (Angewandte Sprachwissenschaft). Seine Arbeitsschwerpunkte umfassen heute die Bereiche Unternehmenskommunikation/Public-Relations, Textoptimierung/Technical Writing, Mediengestaltung: Internet-Auftritte sowie Imagebroschüren, Leitbildkommunikation, Sprache und Kommunikation in Presse, Politik und Verwaltung.



Stadtführung durch Augsburg mit
Besuch des goldenen Saals



„Trends in der Kommunalpolitik“ und das magische Fünfeck

Das „magische Fünfeck der Kommunalpolitik“ skizzierte Dr. Dirk Heuwinkel. Der Referatsleiter für Strategische Planung und Kreisentwicklung beim Landkreis Osnabrück ist überzeugt: Nur wer an allen fünf Schrauben stellt, die das Leben in Kommunen beeinflussen, wird wirksame Veränderungen erreichen. Sicher ist aber auch: Die Entwicklung der Kommunalpolitik wird stark davon abhängen, ob und in welchem Umfang sich die Bürger wieder stärker an der Gestaltung ihres Gemeinwesens beteiligen..

„Das Leitbild heißt Bürgerkommune“, betonte Heuwinkel, der in der Vergangenheit als Trendforscher auf unterschiedlichen Gebieten Untersuchungen über all das angestellt hat, was das Leben der Gemeinschaft beeinflussen kann. Aus diesen Erkenntnissen heraus benennt er fünf große und unlösbar zusammenhängende Aufgabenfelder der Kommunalpolitik: (1) Wirtschaftliches Leben, (2) soziales Leben, (3) Bauliche und technische Infrastruktur / Umwelt, (4) soziale und kulturelle Infrastruktur sowie (5) Finanzen und Verwaltungskraft. Diese werden auch künftig das Zusammenleben der Menschen bestimmen.

Kommendes Thema im Bereich Wirtschaft ist nach Heuwinkels Einschätzung zum Beispiel die abnehmende Bindung von Unternehmen an die Region durch Globalisierung – auch erkennbar an der wachsenden Zahl der Filialen von Großkonzernen in den Innenstädten. Aus solchen Erkenntnissen ergibt sich für den Zukunftsplaner, was dagegen getan werden könnte: Etwa die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Bereich Soziales

Leben geht der Trend unter anderem zu einem wachsenden Bedarf an Wohnungen, die für ältere Menschen mit körperlichen Gebrechen geeignet sind. Hier müssen sich Kommunen darauf einstellen, Wohnberatung zu bieten. Im Zusammenhang mit der baulichen und technischen Infrastruktur sieht Heuwinkel eine Ausweitung der Verkehrsflächen und Veränderungen im Charakter einzelner Wohngebiete. Hier würden Erneuerungsstrategien nach dem Programm „soziale Stadt“ greifen. Rückstände bei der Modernisierung von Krankenhäusern und Schulen verlangt im Bereich sozialer und kultureller Infrastruktur ebenso rechtzeitiges Gegenlenken wie das Wegbrechen der Gewerbesteuerereinnahmen.

Zwei weitere wesentliche Bereiche neben den Aufgaben der Kommunalpolitik betrachtete Heuwinkel ebenfalls: Das Zusammenspiel von Verwaltung und Kommunalpolitik und die neue Rolle der Bürger. Frage: Wie muss sich Kommunalpolitik organisieren, um den wachsenden fachlichen Anforderungen gerecht zu werden? Will und kann die Politik in die Steuerungsrolle kommen?

JOHN) MACHT

Kommunalpolitik

„Auf diese Fragen gibt es keine einfachen Antworten“. Kommunalpolitik könnte aber durch mehr inhaltliche Substanz für die Akteure attraktiver werden. Fortbildung für Kommunalpolitiker sei sinnvoll. Zudem erinnerte Heuwinkel daran: „Der Rat hat eine Beschlussfassungskompetenz, die Verwaltung eine Vorbereitungskompetenz. Damit ist ein Zusammenwirken zugrundegelegt, bei dem die ehrenamtlichen Politikerinnen und Politiker auf fachlich fundierte und rechtlich abgesicherte Beratungs- und Beschlussvorlagen vertrauen können“ Diese Rollenverteilung trage der Problematik der unterschiedlichen Fachkompetenz und Zeitressourcen bei Haupt- und Ehrenamtlichen Rechnung. Der Referent wandte sich deutlich dagegen, dass die Politik Beschlussvorlagen vorbereitet. Das, so der Verwaltungsmann, sei Aufgabe der Verwaltung. Hier müssten die Rollen deutlich getrennt werden.

Da die Politik immer stärker dazu neige, den Interessen der Bürger Rechnung zu tragen, sei es wichtig, dass sich Verwaltung und Politik auf gemeinsame strategische Ziele einigen – die dann auch mittel- und langfristig angelegt sein könnten. Diese Ziele müssten regelmäßig kontrolliert werden. Allerdings., so die Erfahrung des Verwaltungsmannes, nehme in Osnabrück beispielsweise die Presse den Jahresbericht mit den Angaben über erreichte und nicht erreichte Ziele gar nicht zur Kenntnis. Auf die Frage, welche Sanktionen denn greifen würden, wenn



Zielvorgaben verpasst werden, plädierte Heuwinkel dafür, es müsse eine Vertrauenskultur in der Verwaltung entstehen: „Wenn Sie fragen: Wer hat Schuld, und wessen Kopf muss rollen, dann haben Sie niemals motivierte Mitarbeiter.“

Eine zentrale Frage der Zukunft werde sein, was noch durch Verwaltung, was aber auch durch engagierte und selbst verantwortliche Bürger geregelt werden kann. Auf kommunaler Ebene bestünden die größten Möglichkeiten für eine bessere Einbindung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse.

Soweit das Prinzip. Tatsächlich stehe dem Bild des selbstständigen Bürgers mit aktivem Interesse an der Gestaltung seiner Umwelt sowohl die Politik als auch die Verwaltung entgegen. So stellten sich Politiker gern in der Rolle der Krisenmanager dar. Die Erwartungen der Bürger sehen sie gern auf sich gerichtet.

Moderne Verwaltungen sehen die Bürgerinnen und Bürger als ihre Kunden und als Adressaten von Leistungen und Angeboten. Ein Kunde jedoch lässt sich gern bedienen und nimmt eine entsprechend passive Rolle ein.

So seien jeweils noch Veränderungen in der Einstellung nötig. Zudem fehlten noch moderne Formen der Anerkennung des

Bürgerengagements.

Und wie werden Kommunen in zehn, zwanzig Jahren aussehen? Eine Frage, für die der Trendforscher eine klare Antwort hat. Er geht davon aus,

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

dass künftig weniger auf kommunaler Ebene zu regeln sein werde, Führerscheine und Personalausweise beispielsweise nicht mehr in den einzelnen Ämtern zu bestellen seien, sondern direkt von den Bundesdruckereien angefordert werden könnten. Und: Längst nicht alle der bestehenden Verwaltungseinheiten werden wohl in Zukunft überleben. Ob es wirklich noch Bezirksregierungen brauche oder ob nicht leistungsfähige Kreisverwaltungen deren Aufgaben mit übernehmen könnten... - sichere Antworten hat Heuwinkel nicht - sehr wohl aber auf Trends begründete Vermutungen.

Dr. Dirk Heuwinkel

Dr. Dirk Heuwinkel, Jahrgang 1948, studierte Geographie an der Technischen Universität in Hannover und promovierte im Jahre 1980. Mitte der Siebziger war er bei der Sozialforschung Brög in München tätig. Anschliessend arbeitete er für die Akademie für Raumforschung und Landesplanung sowie im Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover. Ab 1987 war er in der Institusleitung tätig.

Seit 2000 arbeitet er für den Landkreis Osnabrück in der Leitung des Referats S „Zentraler Steuerungsdienst“ dessen Aufgabenfeld Kreisentwicklung, Controlling sowie Organisations- und Personalentwicklung beinhaltet.

Bisherige Publikationen:

- Entwicklung des Wohnen und des Wohnumfeldes älterer Menschen bis zum Jahr 2030.
- Umweltvorsorge in der Siedlungs- und Verkehrsentwicklung ländlicher Räume.
- Familie im Jahr 2010 – Gesellschaftliche "Megatrends" und Lebensbedingungen von Familien.
- Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung in den Kommunen: Erfahrungen und Konzepte.
- Wohnbauland in der Region Hannover – Bilanz und Perspektiven.
- Strukturpolitische Ansätze in einer zukunftsbezogenen Sozialpolitik.
- Sozialverträglichkeit im Wohnungs- und Städtebau
- Situation der Ausländer in ihrem Lebensumfeld.
- Überprüfung des Zentrale-Ortes-Konzept Niedersachsens – Bericht zum Abschluss der Vorstudie
- Familienbildung 2010 – Orientierungsrahmen für die Weiterbildung familienbezogener Dienste.

(OHN) MACHT
Kommunalpolitik

Ulrich Holefleisch

Wer hat die Macht im Rathaus?

Natürlich die Verwaltung, sagt Ulrich Holefleisch und er müsse es wissen. Gegenwärtig ist der gelernte Hochschullehrer Bürgermeister in Göttingen. Seit 1986 ist er in der Kommunalpolitik tätig und er behauptet, dass die Machtverhältnisse zwischen Verwaltung und Rat wenig hoffnungserweckend sind.

Wer mehr kommunale Demokratie und mehr legitime Macht und Einfluss ausüben will, müsse dafür kämpfen. Hierzu bedarf es aber auch einer entsprechend sensiblen und agilen Presse, berichtet Ulrich Holefleisch. 50 Jahre kommunale Demokratie in Deutschland sind nicht geprägt von einer Entwicklung und einem Wagnis zu mehr Demokratie. „Die Räte repräsentieren zwar die Bürgerschaft, sind aber selbst nicht repräsentativ für die Bevölkerung“. Das sehe man schon an der Zusammensetzung der Parlamente: Lehrer, Beamte und Pensionäre prägen das Bild im Rat. Dementsprechend würden die Parlamente auch wahrgenommen und (wenig) geschätzt. Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Kommunalpolitik, habe wie die Wahlbeteiligung stetig abgenommen. „So paradox es klingen mag – Ein Grund ist die Berichterstattung“, behauptet der Amtmann. Seine Hypothese lautet: Wenn den Bürgern die klare Orientierung in „Rechts und Links“ abgeht, dann müssten sie sich erst mal differenziert informieren können, um zu wissen, wer für was steht. In den Verwaltungen sehe es so aus, dass zunehmend professionelle Behörden amateurhaften und

überforderten Räten gegenüberstünden. Doch qualifizierten kommunalpolitischen Nachwuchs zu finden, sei immer schwieriger. Viele Kommunen machten zudem den Eindruck, als sei bereits alles getan. Jede Straße gebaut, die Wohngebiete gefüllt... Die aktuellen Probleme der Kommunen, wie Arbeitslosigkeit und strukturelle Armut, seien aber nicht mit kommunalen Bordmitteln zu lösen. Die Kommunen seien einfach überfordert. In vielen Regionen gebe es bereits Verwaltungsreform, doch ein Mehr an Effektivität sei nicht zu verwechseln mit einem mehr an Effektivität. „Eine reformierte Verwaltung macht vielleicht mehr als vorher, aber ob sie auch das Richtige macht, steht auf einem anderen Blatt“, so Holefleisch.

Mehr und mehr fänden kommunale Entscheidungen hinter verschlossenen Türen statt. Ein demokratischer Rückschritt, in den Augen Holefleischs, zumal dann, wenn Rat, Presse und Öffentlichkeit nur über Verlautbarungen an offizielle Informationen kämen. Ein weiterer Punkt sei, dass der Hang zum Ausgliedern kommunaler Aufgaben in GmbHs und AGs mit ihren nicht

JOHN) MACHT

Kommunalpolitik

öffentlich tagenden und beschließenden Aufsichtsräten der Öffentlichkeit und somit ihrem Recht auf Teilhabe und Kontrolle entziehe. Doch praktizierende Demokratie muss gelernt sein, führt der Bürgermeister Göttingens weiter aus. Nur wo lernt man Demokratie? Kommunale Demokratie könne wirklich großen Spaß machen, weil sie so unmittelbar sei. Doch das müsse geübt werden. In den Schulen? Nein, meint Holefleisch. Abschließend führt er an: „Es gibt keine durchsetzungsfähige Lobby für Bürgerkommunen und Demokratie“. Wer gebe schon freiwillig Macht ab? Hätten Parteien etwa ein Interesse an mehr Bürgerbeteiligung? Oder Verwaltungen und Oberbürgermeister? „Nur, wer“, schließt Holefleisch seinen Vortrag ab, „setzt dann eine Bürgerkommune durch, die den Bürger wieder für die Politik und das Gemeinwesen gewinnt?“



(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Diskussionsrunde mit Ulrich Holfleisch

Ulrich Holfleisch ist nach 15 Jahren in der Göttinger Kommunalpolitik „ziemlich desillusioniert.“ Das sei gewiss nicht repräsentativ für Deutschland, sondern aus der Sicht eines Politikers aus der Provinz festgestellt. Viele Bürger zeigten zudem wenig Interesse an der Kommunalpolitik. Um es zu erhöhen, „müssen wir demnächst Wahlscheine einsammeln, sie in eine Lotterie geben – und einer gewinnt am Ende ein Auto.“ Und zum Ansehen von Politikern: „Das liegt zwischen Journalisten und Prostituierten.“

Die Diskussion rankte sich vor allem um die Frage, wie die gängigen Strukturen aufgebrochen werden können. Holfleisch glaubt, dass ein Grundproblem bereits in den Schulen zu suchen ist. „Wo wird Demokratie geübt und vermittelt? Schulen sind bei uns Apparate einer städtischen Gesellschaft.“ Also müssten für die Demokratie praktische Voraussetzungen geschaffen werden. Denn Schüler, möglicherweise spätere Politiker, werden nur gedeckelt: „Wie sollen sie dann den Mut haben, sich zu äußern oder zu engagieren?“

Und wie ist es um die Motivation bestellt, weiter zu machen in der Kommunalpolitik? Noch macht es Ulrich Holfleisch Spaß, in der Stadt

mitzuwirken, etwas voran zu bringen – oder auch etwas zu verhindern. Bedarf es am Ende nach einer Verwaltungsreform auch einer Politikreform und kann die lokale Presse nicht auch die Räte stärken? Ja, sagt der Göttinger Bürgermeister, doch zuerst müsse Waffengleichheit zwischen Verwaltung und Politik geschaffen werden: durch Information, ortsnahe Weiterbildung, durch Mandatsbetreuung und eine bessere Ausstattung der Fraktionsbüros. Auch eine bessere Bezahlung von Kommunalpolitikern dürfe kein Tabuthema mehr sein.

Ebenso müsse die Frage, ob nicht über eine bessere Vergütung oder Ausgleichszahlungen Vertretern von Berufsgruppen, die früher eher in der Kommunalpolitik anzutreffen waren, wieder ein Korridor geöffnet werden kann, um sich einzubringen, beantwortet werden, meint Ulrich Holfleisch. Denn so bleibe es nur einem gewissen personellen Rest überlassen, in den Gremien mitzuarbeiten. „Ich wollte eigentlich nicht sagen, dass die meisten Räte dumm sind, aber wenn Sie mich so fragen...“

Wichtige Frage: „Gehen Politiker selbstkritisch mit sich um?“ Holfleisch: „Nö.“

(OHN) MACHT
Kommunalpolitik

Manfred Wick

Korruption Strafverfolgung und Presse

Korruption ist ein Phänomen der Gesellschaft, dem sich Strafverfolgungsbehörden und Presse gleichermaßen annehmen müssen. So der Leitende Oberstaatsanwalt in München, Manfred Wick.

Sowohl Justiz als auch Presse haben auf Grund ihrer Stellung in der Gesellschaft die Verpflichtung, sich des flächendeckenden Phänomens der Korruption anzunehmen.

Korruption kann aber nur erfolgreich bekämpft werden durch den gezielten Einsatz von Spezialisten – Spezialabteilungen bei Polizei und Staatsanwaltschaft.



Notwendig für erfolgreiche Korruptionsbekämpfung sei der gesetzliche Rahmen, den das Strafgesetz zur Verfügung stellt. Korruption geschehe im Verborgenen, unter den Beteiligten regiere das Gesetz des

Schweigens und es fehle ihnen jegliches Unrechtsbewusstsein. Bei der Presseberichterstattung seien jedoch gelegentlich Defizite festzustellen. Die Ursachen hierfür sieht der Jurist in der Tatsache, dass das Thema Korruption für beide Seite

relativ neu sei. Bis vor kurzem sei das Phänomen der flächendeckenden Korruption in Deutschland verharmlost worden, bzw. geleugnet worden. Sowohl die Justiz als auch die Presse haben das Problem, der Öffentlichkeit zu vermitteln, dass Praktiken, die jahrelang sanktionslos praktiziert wurden, plötzlich als kriminelles Unrecht angeprangert werden, so Wick. Die Korruption blühe im Verborgenen und lebe von der Verschleierung, „somit ist das Erkennen korrupter Geflechte schwierig“.

Berichterstattung über Korruption berühre einen Bereich, der in einflussreichen Kreisen unserer Gesellschaft Empfindlichkeiten auslösen könne. Als Fundorte solcher „Korruptionsgebiete“ nannte der Oberstaatsanwalt alle Schnittstellen zwischen öffentlicher Verwaltung und Wirtschaft bei der Vergabe von Aufträgen. Hochbau, Straßenbau, U-Bahnbau, Bau von Klärwerken sowie die Pharmaindustrie.

Die Presse könne sich noch anders mit dem Thema befassen, als die Justiz. Sie könne bereits der Frage nachgehen, ob bestochen wurde. Die Staatsanwaltschaft müsse für ihre Tätigkeit warten bis der Anfangsverdacht vorliegt. Strafverfolgungsbehörden griffen allerdings häufig Medienberichte für die Einleitung von Ermittlungen auf.



Parlament - Nein danke

Bürgerbeteiligung: Spielwiese oder Zukunftswerkstatt?

1. „Nein-Danke-Gruppen“ und die Offiziellen aus Politik und Verwaltung Wen lassen wir wie zu Wort kommen?

Begriffsdefinition: Was sind „Nein-Danke-Gruppen“? Hierunter verstehen wir

- a) nicht-politisch-organisierte Menschen, die dennoch politisch interessiert sind
- b) unpolitische Funktionäre
- c) Initiativen (aus Protest gegen etwas oder zur Erreichung eines Ziels)
- d) bestehende Mitbestimmungsorgane (Elternbeiräte, Schülermitverwaltung etc.)
- e) Gruppen, die sich als Folge von gesetzlichen Vorgaben bilden (Agenda)

Nachdem zuerst versucht wurde, einen zumindest tendenziellen Unterschied zwischen der Behandlung von und der Berichterstattung über politische Gruppen und von uns so genannten „aktiven Bürgern“ festzuhalten, stellte sich heraus, dass eine generelle Unterscheidung nicht möglich ist. Sowohl bezüglich des Umgangs mit diesen Gruppen als auch im Hinblick auf die gewählte Stilform (Reportage / präzise Nachrichtenvermittlung) bei der Berichterstattung über sie können keine grundsätzlichen Unterschiede fest gestellt werden. Es hängt immer von der jeweiligen Situation, dem Neuigkeitswert der Information, auch von Sympathie und Antipathie zwischen Redakteur und Informant, Termindruck und anderen Umständen ab, wie wer behandelt und ernst genommen wird. Der tägliche „Querulant“ wird zuweilen auch bei einem ernsthaften Anliegen nicht für voll genommen. Daraus kann sich für uns jedoch nur eine Konsequenz ableiten: Wir brauchen einen Leitfaden, den

wir als Ideal für den Umgang mit Menschen sehen möchten, die an uns mit einem Anliegen herantreten.

2. Leitfaden

Selbstverständnis: Gegenüber Bürgerinitiativen, Vereinen oder vergleichsweise unorganisierten Nachbarschaften oder Gruppen sehen wir uns in einer Anwaltsfunktion für Menschen, die ansonsten nicht öffentlich zu Wort kommen, die sich nicht auf der großen Bühne präsentieren können oder wollen, die von Politik und Verwaltung in der Vergangenheit mit ihren Anliegen immer wieder abgewiesen worden sind.

Herangehensweise: Wir müssen uns zunächst jedes Anliegen und von jedem geduldig anhören. Nach dem ersten Kontaktgespräch prüfen wir, wie groß das öffentliche Interesse ist, ob der „News-Wert“ für eine Veröffentlichung groß genug ist und ob der lokale Bezug der Geschichte vorhanden ist. Wir schauen nach, warum der Informant bislang immer wieder abgeblitzt ist, ob Verfahrensfehler vorliegen oder Systemfehler zu finden sind (Beispiel: Warum zieht eine Krankenkasse die Kostenzusage für eine Therapie zurück und riskiert den baldigen Tod eines Patienten?) Die nächsten redaktionellen Arbeitsschritte bestehen aus dem Gegencheck erster Informationen und Prüfung der Glaubwürdigkeit bei Patient und Krankenkasse.

Für den Umgang mit den „Offiziellen“ gilt: Prüfung des News-Wertes, des öffentlichen Interesses sowie der Redundanz. (Kam das Thema schon mal vor?)

Bei Zweifeln machen wir die Priorität des News-Wertes abhängig von Faktoren wie emotionale Betroffenheit und der kritischen Beurteilung der Leser-Blatt-Bindung.

Wen lassen wir nicht zu Wort kommen?

Zum Beispiel diejenigen, die zehn Mal anrufen, ohne ein einziges Mal Neuigkeiten zu berichten. Zum Beispiel auch diejenigen, die vordergründig für Parteien und Organisationen die Lokalredaktion instrumentalisieren wollen.

Ehrliche Anmerkungen

Wir gestehen uns ein, dass wir unter anderen berichten, um uns der Penetranz einflussreicher Anzeigenkunden zu entledigen. Wir schmeißen journalistische und handwerkliche Grundsätze über Bord, wenn Vorgesetzte uns dazu anweisen. Wir sind abhängig von unserer persönlichen Verfassung, die von schlechter Laune oder Überlastung geprägt ist. Wir erlauben uns Arroganz gegenüber Menschen, die zwar mit berechtigten Anliegen zu uns kommen, deren Auftreten aber unangenehm bis unerträglich ist. Wir unterliegen unseren individuellen Weltbildern und handeln so, wie wir sozialisiert sind.

Für den redaktionellen Alltag gilt: Bei Grenzfällen, in denen wir über den Sinn oder die Zulässigkeit einer Veröffentlichung im Zweifel sind, hilft nur die Einzelfalldiskussion mit Kollegen.

Exkurs: Lokale Agenda

Unter dem zentralen Begriff „Nachhaltigkeit“ haben mehr als 170 Staaten 1992 in Rio ein Aktions-Programm für das 21. Jahrhundert verabschiedet. Das Prinzip: mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen soll ein Dialog geführt und Konsens erzielt werden. Die Zukunftsfähigkeit des Gemeinwesens (soziale Komponente), des Wirtschaftssystems (ökonomische Komponente) und des Öko-Systems (ökologische Komponente) sind Themen, die sich überschneiden. Aus der Schnittmenge ergibt sich nachhaltige Politik.

Agenda-Politik wird bundesweit unterschiedlich betrieben. Die Bandbreite reicht von wenig strukturiertem Zusammenwirken einzelner Umweltverbände bis zu hauptamtlichen Agenda-Beauftragten, die - mit Landesmitteln finanziert - für Kommunen tätig sind und als Koordinatoren arbeiten.

Inzwischen hat sich das „Lokale Agenda 21 Netzwerk“ gegründet und bemüht sich um nationalen und internationalen Informationsaustausch sowie um größere Akzeptanz von Agenda-Themen in der Gesellschaft.

Am Beispiel der Lokalen Agenda in Augsburg wird deutlich, wie Kommunen Veranstaltungen anbieten, Ausstellungen, Bürgerforen, Fachtagungen oder Dokumentationen wie „Der Weg zum Niedrigenergie-Haus“ konzipieren (http://www.augsburg.de/Seiten/augsburg_d/umwelt/augsburger_agenda21)

3. Hilfsmittel für den redaktionellen Alltag

Auch unter dieser Überschrift ließ sich in der Gruppe kein Patentrezept erarbeiten, weil jeder Redakteur und jede Redaktion unterschiedlich verfährt und über unterschiedliche Voraussetzungen verfügt. Deswegen wurden keine verbindliche „Muss“ und „Darf nicht“ Ideenliste erarbeitet. Vielmehr haben sich empfehlenswerte und weniger empfehlenswerte Vorgehensweisen herauskristallisiert, die in die Unterpunkte Termine, Service, Aktionen, Thema und Serien aufgeteilt worden sind.

a. Termine:

Empfehlenswert:

Regelmäßige Veranstaltungen wie Treffen von Agenda-Arbeitskreisen oder Infostände von Parteien einmal herkömmlich ankündigen und ansonsten auf der Serviceseite melden oder sogar ganz sein lassen.

Nicht empfehlenswert:

Eigene Agenda-Rubriken an bestimmten Tagen. Artikel lieber aktuell ins Blatt. Keine Logos von Parteien oder Initiativen, lieber auf verlagseigene Logos zurückgreifen (Ausnahme z.B. Vereinsjubiläen und Serien).

b. Service:

Empfehlenswert:

Liste und Überblick über Initiativen, Gruppen und Infostände (mit Kontaktadressen) Begriffe definieren: Was heißt Agenda, wie funktionieren Mobiltelefonmasten, wer ist amnesty international?

In der Redaktion die Frage klären, inwiefern die Zeitung mit einer Initiative ihr eigenes politisches Profil zeigen will.

Feste Ansprechpartner für Bürger/Leser bieten: Entstehen soll der Eindruck, dass jeder für jeden jederzeit erreichbar ist. (Täglich alle Telefonnummern im Blatt)
 Umweltthemen ins Blatt rücken: Ozonwerte, Badeseen im Test usw.

Nicht empfehlenswert:

Gruppen und Initiativen testen, a la Behörden im Test (derartige Bewertung ist äußerst subjektiv und kann Engagement der Bürger bremsen)

c. Aktionen:

Empfehlenswert:

Podiumsdiskussionen mit Experten zu bestimmten Themen

Redaktionsbesuche (auch Experten zu bestimmten Themen)

Kontakte zu Unis oder Fachhochschulen herstellen. Nach Forschungsarbeiten fragen und als Mittel zur Gegenrecherche verwenden (z.B. in der Diskussion, wie schädlich Mobilfunkmasten wirklich sind)

Umfragen zu bestimmten Themen, um Meinungsbildung anzukurbeln. (keine Experten fragen)

Rollende oder mobile Redaktionen schaffen: Mit Laptop oder Notizblock hinaus zu den Brennpunkten und zu den Themen.

Themenrolle an ausgewählten Orten aufstellen. Leser können anonym Wünsche, Ideen, Anregungen und Kritik aufschreiben. Ergebnisse hinterher auswerten und veröffentlichen.

Meinungsseiten, Leserbriefseiten, Internet-Votings und Telefonaktionen

Nicht empfehlenswert:

Sich zu sehr in den Prozess der Meinungsbildung einmischen, zum Beispiel indem die Zeitung eigene Demonstrationen veranstaltet. Lieber getreu dem Motto „Partei ergreifen ja, Demos initiieren nein“ handeln.

d. Themen:

Pro- und Contra-Rubriken (auch bei Kommentaren beide Meinungen gegenüber stellen)

Gastkommentare

Reportagen über Missstände

Zukunftsmodelle, Utopien und Visionen thematisieren

Hinter die Kulissen der Interessensgruppen und Initiativen blicken (Wer sind die Macher, welche Eigeninteressen haben sie, welche Vorgeschichte haben sie?)

Betroffene ihre Meinung sagen lassen (z.B. Mobilfunkmast)

Themen „am kochen“ halten, nachfragen, wenn Gruppen ruhiger werden, Thema noch mal anrecherchieren und dann über eine weitere Berichterstattung entscheiden.

Porträts von Aktivisten und ihren Gegnern (möglichst zeitnah)

Analysen, Kommentare und Stoffsammlungen über Vorurteile (z.B. Ausländer, Ökos usw.)

Interessensgruppen und Bürgerinitiativen erst einmal vorstellen

Jugendseiten etwas politischer machen („Was wünschst Du Dir vom OB?“)

Reaktionen von Nichtbeteiligten einholen (neutrale Lesermeinung)

e. Serien:

Was wurde aus ehemaligen Bürgerinitiativen?

Auf Stadtteilseiten Themen aufgreifen, die sonst nicht im Blatt landen, weil sie nur in einem bestimmten Viertel von Interesse sind.

Pro Ehrenamt

Land und Leute (Porträtserie)

Weg von Initiativen und Gruppen begleiten

Homestories über ehemalige Stadträte oder Mandatsträger (andere Seite der Politik)

Wie politisch sind nicht gewählte Listenkandidaten nach der für sie nicht erfolgreichen Wahl)

Fall Förderprojekt „Soziale Stadt“: Mit einer Familie die Umstrukturierung und Sanierung des Stadtteils miterleben.

4. Recherchetipps „Aktive Bürger“ (Non-Government-Organizations)

Allgemeine Informationen zu den Themenbereichen Ehrenamtliche Mitarbeit, Bürgergesellschaft, Freiwilligenarbeit, Ehrenamt, Bürgerbeteiligung...

www.freiwillig.de

www.mitarbeit.de

www.ehrenamt.de

www.buergerbegehren.de

www.Bmfsfj.de (Bundesministerium für Jugend...)

www.kas.de (Konrad-Adenauer-Stiftung)

www.fes.de (Friedrich-Ebert-Stiftung)

www.hanns-seidel-stiftung.de

Bücher zum Thema

Einfach einmal in die Kataloge hineinschauen und Suchbegriffe eingeben:

www.bertelsmann-stiftung.de

www.amazon.de

www.oeckl.de

„Aktive Bürger“ in der Presse

www.drehscheibe.org

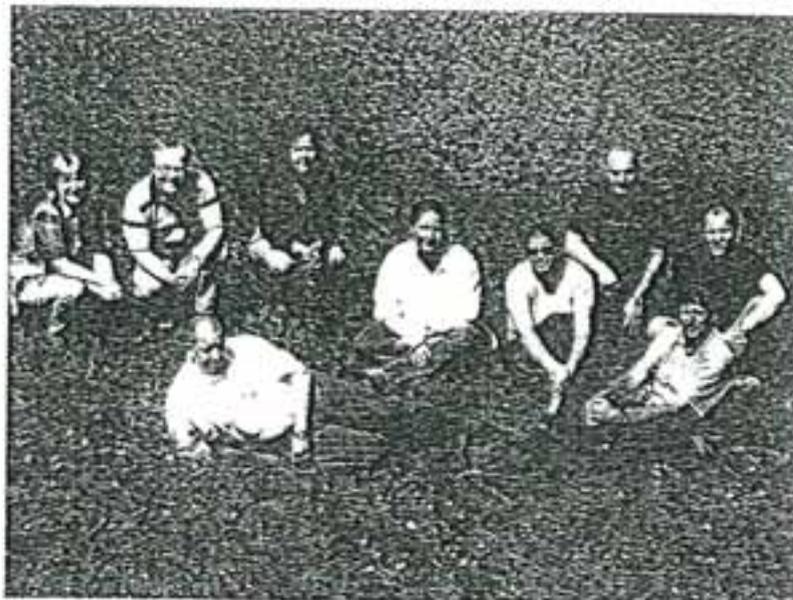
www.kas.de (Lokaljournalistenpreise)

und natürlich bei den Organisationen selbst und den anderen Zeitungen

Zur Gruppe gehörten: (Bild oben – Start unten links und dann gegen den Uhrzeigersinn): Silke Zettlitz, Beate Franck, Thomas Kosarew, Gerd Backenköhler, Jens-Uwe Berndt, Olaf Moos, Regina Schultze und Gruppenleiterin Monika Jäger

(OHN) MACHT
Kommunalpolitik

Workshop II



Entscheidung vertagt

Kommunalpolitiker: Zwischen Wählerauftrag und Beschlussvorschlag

Das Ergebnis einer langen und spannenden Diskussion an den Anfang: Kommunalpolitiker sind Menschen aus Fleisch und Blut. Also sind Kommunalpolitiker auch nur Bürger. Über die menschliche Schiene wollen wir Kommunalpolitik transparent machen. Warum sollen wir wie von Münchens OB Ude gefordert das Private von Politikern außen vor lassen?

Mit drei Fragen näherte sich die Gruppe dem Thema: 1. Findet der Leser Kommunalpolitik mit human touch spannender als die dröge Wiedergabe der Ratssitzung? 2. Wie weit darf human touch gehen? 3. Ist es möglich, Bemessungskriterien für Kommunalpolitiker zu formulieren? Die Antwort war schnell gefunden: Ja, denn Kommunalpolitiker sind auch nur Menschen.

Für sie gelten:

Glaubwürdigkeit - gab es Wahlversprechen oder Wahlversprecher (Beispiel: Wahlprogramme nachprüfen - was wurde realisiert? Was ist mit dem Politiker, der eine Brandrede gegen Mobilfunkmasten hält, dessen Handy aber bei der Sitzung klingelt?);

Engagement - wie werden Themen aufgegriffen, ist der Politiker für die Bürger erreichbar? Wie und für welche Bürger setzt er sich ein? Beispiel: Die Bürgersprechstunde ist eine schöne Geschichte nicht nur für das Sommerloch. Auch Anwesenheitslisten können Stoff für eine Story sein.

(OHNE) MACHT

Kommunalpolitik

Toleranz - gegenüber Themen und Ratskollegen. Beispiel: Die öffentliche Entschuldigung im Plenum für verbale Ausrutscher.

Sachverstand, der über Fraktionszwang siegt. Beispiel 1: Mit der Bilanz der Stadtwerke zur Stadtparkasse gehen und dort prüfen lassen, ob die Zahlen der Verwaltung stimmen. Beispiel 2: Abgeordnete beschließen den Bebauungsplan für eine Sondermüllbehandlungsanlage, keiner fragte nach den Gefahren, die von den Stoffen ausgehen);

Offenheit - gegenüber Themen, Menschen und Ratskollegen (Positiv-Beispiel aus Garmisch: Bürgermeister greift Vorschlag n Jugendlichen, einen Partyraum einzurichten, spontan auf. Negativ-Beispiel aus Kassel: Bürgermeister weigert sich 1,5 Jahre lang, Vertreter des islamisch-türkischen Kulturvereins zu empfangen);

Mut (Negativ-Beispiel: Landkreis schließt Schulen und zur Diskussion mit den Eltern erscheint kein Entscheidungsträger);

Selbstverständnis - Ist der Bürgermeister ein Entscheider oder Verwalter? (Aber Achtung: manche Bürgermeister wollen sich auch ein Denkmal setzen);

Zielorientiertheit - Beispiel: Wahlprogramme; leere Sparappelle.

Durchsetzungskraft - fünfte Nachfrage nach einer defekten Straßenlampe („Steter Tropfen höhlt den Stein“),

Überzeugungskraft - Sprachliche und sachliche Kompetenz (Ist jemand zitierfähig, kann er seine Gedanken formulieren?).

Cleverness - auch Populismus ist clever. Oder: Versteht jemand die Gunst der Stunde auszunutzen? (Beispiel: Bei der Diskussion um einen neuen OP-Trakt im Krankenhaus den Landrat mit Reden solange im alten OP festgehalten, bis er schweißdurchnässt war: „Siehste, wir brauchen einen neuen.“).

Humor - Beispiel: Wie reagiert der CDU-Fraktionsvorsitzende, wenn eine Karikatur, die ihn zum Ziel hat, auf der Homepage der SPD erscheint?;

Querdenkerqualitäten - Beispiele: Bürgermeister, der darüber nachdenkt, die politischen Parteien im Stadtparlament aufzulösen; ungewöhnliche Vorschläge, wie Kunst in der U-Bahn, die einem ein neues Fahrgefühl vermitteln soll; oder der Verzicht auf ein Schwimmbad und als Ersatz ein kostenloser Pendelbus zum Bad der Nachbargemeinde).

Gesetzestreue (Beispiel aus Kassel: Bürgermeister handelt bürgernah, zielorientiert usw. und lässt die Documenta-Treppe abreißen, obwohl der Gerichtsbeschluss noch nicht rechtskräftig ist).

Fazit: Auch persönliche Eigenschaften fließen in die journalistische Bewertung des Kommunalpolitikers ein. Wichtig ist in jedem Fall die Frage: Entscheidet ein Kommunalpolitiker nach Gemeinwohl, Teilwohl oder Eigenwohl? Darüber diskutierten wir in der Gruppe ausführlich.

Jede Entscheidung ist im Einzelfall zu prüfen. In der Gruppe gab es keine Zweifel: Der Kommunalpolitiker als Mensch ist eine interessante Information für den Leser und manche Sitzungsberichte lassen sich so besser transportieren.

Kommunalpolitiker werden durch menschliche Einflüsse gesteuert – sie können unmittelbar *betroffen*, *abhängig* und/oder auch *befangen* sein.

Betroffenheit: Eine Firma möchte Gelände erweitern, Bürgerinitiative ist dagegen, Bürgermeister wohnt im betroffenen Gebiet, hält sich aber aus der Debatte heraus

und wird anschließend von der BI deswegen angegriffen Abhängigkeit: Kreistag spricht über Schulschließungen, im Bildungsausschuss sitzen Lehrer, die selbst an diesen Schulen arbeiten und versuchen, die Schließung mit allen Mitteln zu verhindern.

Befangenheit: Wem gehören Grundstücke, die als Bauland ausgewiesen werden? Welchen sozialen Hintergrund hat der Kommunalpolitiker (Beispiel Landwirt), wie sieht sein Vorleben aus (Wiesbadener Bürgermeister, der früher streetworker war)? Wie steht es mit den Vorlieben des Bürgermeisters, der selbst Feuerwehrmann ist? Welche Verpflichtungen und Verflechtungen gibt es (Lions Club, Parteischule)?

Human touch ja – aber wo ist das Ende? Darf es unter die Gürtellinie gehen? Ist die Beziehung des Dezementen zu einer Mitarbeiterin ein Thema? Oder wird es erst eines, wenn der Bauamtsleiter eine Affäre mit der Frau eines Mitarbeiters hat und nun beide Männer in der misslichen Lage sind, trotzdem täglich (gemeinsam!) zum Wohle von Kommune und Bürger arbeiten müssen? Laden wir uns zum Frühstück bei einem Kommunalpolitiker ein, berichten über frühmorgendliche Vorlieben auf dem Kaffeetisch ebenso wie über den Blick in den Kochtopf bei einem gemütlichen Abendessen? Aber gehört die Scheidung des Kämmerers in die Tageszeitung? Was ist mit der Frau des Amtsleiters, die beim Kaufhausdiebstahl erwischt wird? Und was mit Hans Eichel, der mit einer neuen Liebe Hand in Hand über den Weihnachtsmarkt in seiner Heimatstadt Kassel läuft, während seine Frau mit zwei Kindern in der früheren gemeinsamen Wohnung in Wiesbaden sitzt? Oder wie gehen wir mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden um, der sich lautstark zur deutschen Leitkultur bekennt, aus der Kirche austrat und mit einer Asiatin zusammen lebt? Oder: Ist der reiselustige Grünen-Politiker eine Geschichte wert, der gegen den Ausbau des Münchner Flughafens wettet und seine Fernreisen stets vom Flughafen Rhein-Main/Frankfurt aus beginnt?

Bei der Frage, wo Schluss sein muss mit der Berichterstattung, kam die Gruppe zu dem Ergebnis:

Je mehr ein Kommunalpolitiker sein Privatleben instrumentalisiert und zum Erfolg seiner Karriere einsetzt, desto schonungsloser können wir über das Privatleben berichten. Merksatz: Wer sich unter die Kleie mischt, wird von den Säuen gefressen!

(OHN) MACHT
Kommunalpolitik

Workshop III

Maßnahme
durchgeführt



Was erwartet der Leser sprachlich und inhaltlich von uns?

Konsens erzielte die Gruppe über folgende Thesen:

- **„Dabei sein, nicht dazugehören“:** Journalisten sollen bei allen wichtigen Themen am Ball sein, Kontakte pflegen und genau Bescheid wissen, ohne ein zu vertrautes Verhältnis mit den Vertretern aus Politik und Verwaltung einzugehen. Das muss sich auch in der Sprache widerspiegeln. Auch wenn wir die Sprache der Verwaltung und der Politik verstehen, müssen wir sie für die Leser übersetzen.
- **„Einfach darstellen, nicht vereinfachen“:** Texte müssen vom Leser auch nachvollzogen werden können, wenn er die Zeitung vom Vortag nicht gelesen hat oder eine Woche im Urlaub war. Auch vermeintlich bekannte Fachbegriffe müssen im Zweifelsfall erläutert werden.
- **„Sprache: Transportmittel! Kein Selbstzweck“:** Unsere Sprache dient in erster Linie dazu, einen Sachverhalt zu erklären. Sie ist in der Regel kein schmückendes Element wie in den Feuilletons.
- **„Sprache und die Eitelkeit“:** Zeitungen veröffentlichen Texte für Leser, nicht für Kollegen! Schon gar nicht für Chefredakteure und Fachpublikum (Werbesprache, Medizinjargon, Ökologie-Ausdrücke).
- **„Den richtigen Ton treffen“:** Heikle Themen (Tod, Kriminalität) unterliegen besonderer Aufmerksamkeit. Nach einem Unfalltod schreiben wir nicht: „Der 33-Jährige brettete gegen einen Baum und war hinüber.“
- **„Der ahnungslose Journalist“:** Wer nicht Bescheid weiß, kann den Inhalt nicht vernünftig darstellen. Im Zweifelsfall übernehmen Journalisten Begriffe aus der Verwaltungssprache, ohne selbst zu wissen, was sich dahinter verbirgt. Das geht nicht! Anruf genügt.
- **„Wer kontrolliert die Sprache?“:** Kaum jemand. Vorher zu selten die Kollegen, später auch nicht der Leser. Wenn es Kontrolle gibt, dann wird zwar auf

Orthographie, nicht aber auf Sprache geachtet. Ordentliche Schlussredaktion ist eine Seltenheit geworden.

Die Gruppe diskutierte weitere Punkte, kam aber zu unterschiedlichen Ergebnissen:

- z.B. Abkürzungen: wann sind sie vertretbar?
- Fremdwörter: wann sind sie schon Standard?
- Sprachpflege: ist ein Konjunktiv zumutbar (Passiv-Konstruktionen, 20-Wort-Sätze)?
- Ausschlusskriterien: Darf „nicht“ nicht in die Überschrift? Was ist mit den „Anführungszeichen“?

In welchem Rhythmus gehören unsere Sprach-Regeln auf den Prüfstand und dürfen wir sie nicht manchmal brechen?

Beispiel für Übernahme aus dem Verwaltungsdeutsch:

Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren einstimmig zugestimmt

Rhabarberhausen. Der Gemeinderat hat dem dargestellten Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren für die Rhabarberhausener Bäder GmbH (TBG) einstimmig zugestimmt. Auf Haushaltsstelle 2.8170.930.3-001 (Kapitaleinlage) werden für das Haushaltsjahr 2001 DM 11 882 191,00 außerplanmäßig bewilligt.

Um das Körperschaftssteuerguthaben im EK 45 in voller Höhe nutzbar zu machen, ist eine Gewinnausschüttung erforderlich. Bei der Ausschüttungsgestaltung drängt sich das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren auf, d.h. eine Ausschüttung mit anschließender Wiedereinlage durch die Gesellschafter. Die Stadt erfährt durch diesen Vorgang weder eine finanzielle Belastung noch eine Entlastung. Der ausgeschüttete Betrag wird taggleich in voller Höhe wieder an die Kapitalrücklage eingelegt.

Die Stadt stellt den Antrag auf Erstattung der hälftigen Kapitalertragssteuer und des vollen Solidaritätszuschlages und leitet den Auszahlungsbetrag des Bundesamtes der Finanzen unverzüglich nach Eingang, mit dem noch in 2001 gerechnet wird, als zusätzliche Kapitaleinlage weiter an die TBG. Rathaus

Beispiel für journalistisch korrektes Arbeiten:

Steuertrick lässt 750 000 Mark fließen

Rhabarberhausen. Mit einem Trick sichert sich die Stadt Rhabarberhausen rund 750 000 Mark für ihre Bäder GmbH (TBG). Dafür hat der Gemeinderat am Montag einstimmig den Weg frei gemacht. Hintergrund der Entscheidung sind Änderungen im Steuerrecht, die seit 2000 gelten. Um ihr Guthaben aus der Körperschaftsteuer nicht zu verlieren, bedient sich die Stadt des so genannten Schütt-aus-hol-zurück-Verfahrens: Die stadteigene Gesellschaft schüttet den Jahresüberschuss 2000 von rund zehn Millionen Mark an die Stadt aus, die den gleichen Betrag sofort wieder an die GmbH zurückzahlt. Damit entfällt die Steuerpflicht der Bädergesellschaft, und sie hat 750 000 Mark mehr auf der hohen Kante. hje

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Verwaltungsdeutschübersetzungsanleitung
 Fachchinesisch und was es bedeutet

Ein Antrag auf Erteilung eines Antragformulars zur Bestätigung der Nichtigkeit des Durchschriftexemplars dessen Gültigkeitsvermerk von der Bezugsbehörde stammt zum Behub der Vorlage beim zuständigen Erteilungsamte. (Reinhard Mey)

Damit es in der Zeitung nie so endet, sämtliche Fachbegriffe immer hinterfragen, den gesunden Menschenverstand einsetzen und notfalls nachschlagen. Hier 88 Beispiele, die sich problemlos redigieren lassen

1. Abmangel: Fehlbetrag einer Einrichtung
2. Altersteilzeitregelung: weniger Arbeit ab 58
3. Anerkennungspraktikantin: Praktikantin
4. Arrondierungskäufe: Grundstückskauf, der ein Gebiet vervollständigt
5. Aufwanddeckungsfehlbetrag: Fehlbetrag
6. Ausgleichsmaßnahmen: Wiedergutmachung an der Natur
7. Ausgleichsstock: ein Fördertopf des Landes
8. Ausschreibung: Gemeinde hat einen Auftrag zu vergeben und lässt es alle wissen
9. Außerplanmäßige VE-Mittel: keine Abkürzungen, warum wird Geld ausgegeben?
10. Bauleitplanung: Versuch, die bauliche Entwicklung in der Gemeinde zu ordnen
11. Besucherlenkung: wer darf wo lang gehen?
12. Beteiligungsbericht: woran ist die Stadt beteiligt?
13. Betriebsführungsvertrag: prüfen, ob Vertrag öffentlich wirksam ist, wenn ja: erklären wie
14. Bewilligungszeitraum: so lange gibt's Geld
15. Borkenkäfermassenvermehrung: Begriff aufdröseln!
16. Deckeln: begrenzen
17. Deckungsvorgriff: Geld, das man noch nicht hat, heute ausgeben
18. Dezemat: Geschäftsbereich nennen
19. Durchführen: die Straße wird geteert, realisiert; Unwort!
20. Eigenbestuhlung: Unwort!
21. Eigenbetrieb: 100-prozentige Tochterfirmen der Gemeinde, zum Beispiel Abwasserentsorgung
22. Einkommensgrenzen: mehr darf man nicht verdienen, um finanzielle Beihilfen zu erhalten
23. Entgeltregelung: Preisliste
24. Erfüllung: Unwort!
25. EU-Richtlinie: Gesetz aus Brüssel, das national umgesetzt werden muss
26. Festsetzung der Geschossigkeit: wie hoch darf gebaut werden?
27. Feststellung der Jahresrechnung: Bilanz abgeschlossen
28. Finanzausgleichsumlage: Gegenstück zur Schlüsselzuweisung
29. Flächen- und Nutzungsoptimierung: erklären, was die Stadt wo verbessern will
30. Flächennutzungsplan: was die Gemeinde mit ihrer Fläche vor hat

31. *Flumeuordnung*: Schrank nicht mehr neben Garderobe stellen
32. Flurstück: exakt begrenztes Stück Land
33. Folgelastenberechnung: alle Kosten, die ein Projekt nach Abschluss verursachen wird
34. Förderfähige Kosten: Anteil an den Gesamtkosten, die eventuell Land oder Bund übernehmen
35. Freiflächengestaltung: wo stellt die Stadt welchen Blumentopf hin?
36. Frequentierung: Besucherzahl
37. Fußläufige Verbindung: Fußweg, Gehweg
38. Gegenfinanzierung: Worthülse! Finanzierung
39. Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz: erklären, was das Land bezahlen muss
40. Geschosswohnungsbau: mehrstöckiges Gebäude
41. Grünfläche: Wald, Wiese, Park...
42. *Haushaltsausgabereste*: die neue E-Klasse erst später kaufen
43. Haushaltsüberschreitung: erklären, wo Stadt mehr Geld ausgegeben hat als geplant
44. Hiebsfortschritt: wie viele Bäume stehen noch?
45. Interne Kostenmiete: Miete plus Nebenkosten
46. Käferkalamität: zu viele Käfer
47. Kindergeld berechtigtes Kind: Kind, für das Eltern Geld bekommen
48. *Kommune*: aus der Mode gekommene Lebensform, meist FKK-Zwang
49. Kostenfortschreibung: Projekt wird teurer, erklären: warum
50. Kostenrechnende Einrichtung: Gemeindebetrieb, der keinen Verlust machen darf, konkret benennen
51. Kreisumlage: Mitgliedsbeitrag der Kommunen eines Landkreises
52. Kreisverkehrsplatz: Kreisel, Kreisverkehr
53. Kulturelle Infrastruktur: was das Leben im Ort bereichert
54. KW-Vermerk: kann wegfallen: erklären, welche Stelle bis wann gestrichen wird
55. Liegenschaftsamt: Immobilienverwaltung der Stadt/Gemeinde
56. Maßnahmen: Wort vermeiden, immer erklären und benennen
57. Nachhallzeitverlängerungsanlage: elektronischer Schnickschnack
58. Nettoinvestitionsrate: was die Stadt netto an Geld bereitstellt, um Werte zu erhalten oder zu steigern
59. Planansatz: zum Beispiel 50 000 Euro
60. *Planmittel*: Kohle
61. Quartier: Stadtviertel wie Fuggerei in Augsburg
62. Querungshilfe: Zebrastreifen
63. Raumordnungsplanung: wo was gebaut oder nicht gebaut werden darf
64. Regelkindergarten: normaler Kindergarten
65. Regionalrat: zahnloser Tiger mit empfehlendem Charakter
66. Renaturierung: Acker wird wieder Wiese, Kanal wieder zu Bach
67. Restbuchwert: was eine Sache zu einem Zeitpunkt X in der Bilanz noch wert ist
68. Rückbau: wiederherstellen des ursprünglichen Zustands
69. Rücklagenbestand: was die Stadt noch auf der hohen Kante hat
70. Schlüsselzuweisung: Gegenstück zur Finanzausgleichsumlage, ansonsten Kämmerer anrufen
71. Signalzeichenanlage: Ampel
72. Sonderlandeplatz: Ort benennen, an dem Hubschrauber ausnahmsweise landen dürfen

73. Stadtplanerische Zielsetzung: entlarven, um was es geht
74. Steuerungsmodell: Wort weglassen, genau erklären, was gemeint ist
75. Submissionsergebnisse: Resultat einer Ausschreibung
76. Teilgewinnabführungsverträge: Wort weglassen, ansonsten im Zusammenhang erklären
77. Träger öffentliche Belange: Beispiel geben: verkaufsoffener Sonntag - Kirche, Gewerkschaften sind Betroffene und dürfen sich zur Sache äußern
78. Transferleistung: erklären, wer welches Geld an wen zahlt
79. Überlaufparkplatz: Ausweichparkplatz
80. Überplanung: Worthülse: Planung oder Plan
81. Varietébetschung: Unwort!
82. Veränderungssperre: Bestand bleibt wie er ist
83. Verkehrsleitsystem: wie kann eine Stadt den Verkehr ordnen und lenken?
84. Verschattungspläne: genau erklären, wann wo welches Haus weniger Licht und/oder Sonne bekommt, Beispiel geben
85. Waldarbeiterschaft: Unwort!
86. Wegeneubaumaßnahme: neue Straße im Bau
87. Wertgrenzen: im Zusammenhang erklären
88. * Zuführungsrate: wenn sie hoch ist, hat die Gemeinde ordentlich gewirtschaftet

Augsburg, 14. Juni 2002

„Maßnahme durchgeführt“: Arbeitsgruppe Sprachwissenschaft im Team Möllers

(*Die Jahresmiete in der Fuggerei beträgt 88 Cent plus täglich ein Ave Maria, ein Glaubensbekenntnis und ein Vaterunser)

Literaturhinweise:

Handbuch des Journalismus
 Wolf Schneider, Paul-Josef Raue
 Rowohlt Verlag, 1996, ISBN 3 498 06312 X

dpa
 Alles über die Nachricht
 Verlag R. S. Schulz, 1998
 ISBN 3-7962-0454-6

Wolf Schneider
 Deutsch fürs Leben
 Was die Schule zu lehren vergaß
 Rororo Sachbuch, 1994
 ISBN 3-499-19695-6

Karola Ahlke, Jutta Hinkel
 Sprache und Stil
 Ein Handbuch für Journalisten
 UVK Medien, Reihe praktischer Journalismus
 ISBN 3-89669-307-7



Konzern Kommune – vom Gemeinderat zum Aufsichtsrat

Gruppenleitung: Thomas Remlein
Christian Weiß, Peter Freudenberger, Marcus Ande, Christoph Klöckner, Gerhard Wilhelm, Jürgen Gruler.

	Vorteile	Nachteile
Zweckverband	Kostenersparnis Synergien Besserer Service	Gegenseitige Blockade Red. pol. Einfluss
Eigenbetrieb	Gewinnerwirtschaftung Flexibilität Wettbewerbsfähigk. (bed.) Haushaltsentlastung Steuervorteile Handlungsfreiheit (bed.) Reaktionsfähigkeit (bed.) Besserer Service Gebührententlastung Wertstellung des Vermögens	Fehlende Haushaltstransparenz Weniger Transparenz in Abläufen Informationsfluss (Auskunftspflicht)
Kommunale GmbH (100 %)	Gewinnerwirtschaftung Flexibilität Einmaliger Verkaufserlös	Leistungsreduzierung (für Bürger) Fehlendes Fachwissen (AR+Journ.) Personalabbau

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

Wettbewerbsfähigkeit	Fehlende Haushaltstransparenz
Schlanke Verwaltung	Insolvenzrisiko (soweit nicht hoheitlich)
Kostenersparnis	Reduzierung pol. Einfluss
Haushaltsentlastung	Weniger Kontrolle
Steuervorteile	Weniger Transparenz
Red. Pol. Einfluss	Informationsfluss
Handlungsfreiheit	Gewinnmaximierung
Reaktionsfähigkeit	
Markterschließung + Sicherung	
Besserer Service (bed.)	
Gebührenentlastung	
Wertstellung des Vermögens	

Kommunale AG (100 %) verstärken Zu den GmbH-Punkten kommt bei den Vorteilen die erleichterte Kapitalbeschaffung hinzu. Die übrigen Vor- und Nachteile sich im Vergleich zur GmbH deutlich.

Public Private Partnership (abhängig von Höhe der Beteiligung) (AR+Journ.) Gewinnerwirtschaftung
Gegenseitige Blockade (Differenzen)
Einmaliger Verkaufserlös
Vermögensverlust (Sachvermögen)
Kapitalbeschaffung
Fremdbestimmung (Abhängigkeit)
Flexibilität
Fehlendes Fachwissen

Einmaliger Verkaufserlös	Personalabbau
Wettbewerbsfähigkeit	Fehlende Haushaltstransparenz
Schlanke Verwaltung	Insolvenzrisiko (soweit nicht hoheitlich)
Kostenersparnis	Reduzierung pol. Einfluss
Haushaltsentlastung	Weniger Kontrolle
Steuervorteile	Weniger Transparenz
Red. Pol. Einfluss	Informationsfluss
Handlungsfreiheit	Gewinnmaximierung
Reaktionsfähigkeit	Leistungsreduzierung
Markterschließung + Sicher.	Know-how-Verlust
Besserer Service (bed.)	
Gebührenentlastung	
Wertstellung des Vermögens	
Synergien	

AG mit kommunaler Beteiligung verhält sich ähnlich, manche Auswirkungen verstärken sich durch das AG-Recht aber noch.

Stiftung Kapitalbeschaffung
Kostenersparnis
Haushaltsentlastung
Steuervorteile
Gebührenentlastung
Vermögensverlust (Sachverm.)
Fehlende Haushaltstransparenz

Verkauf	Einmaliger Verkaufserlös Haushaltsentlastung Red. pol. Einfluss	Vermögensverlust Fremdbestimmung Red. pol. Einfluss Weniger Kontrolle Weniger Transparenz Informationsfluss
----------------	---	--

Alle anderen Punkte liegen nicht mehr im Einflussbereich und unter der Kontrolle der Kommune, können deshalb nicht mehr beurteilt werden.

Tipps für die Berichterstattung:

1. Beteiligungen der Stadt vorstellen (Übersicht Gesellschaftsformen, Geschäftsführer, Gesellschafter und Mitglieder der Aufsichtsräte)
2. Einordnung in überregionale Zusammenhänge (Bsp. Strommarkt), wie reagieren andere Kommunen (Zusammenarbeit mit Ressorts).
3. Nachgefragt als Rubrik: Was passiert, wenn...
4. Lexikon mit Stichworten und Info-Kasten
5. Gespräche mit Gewerkschaften, Wirtschaftsexperten, Steuerrechtler
6. Reportage in betroffenen Bereichen, Stimmung Mitarbeiter.
7. Streitgespräch zwischen Kontrahenten (Redaktionsgespräch).
8. Im Extremfall: Diskussionsrunde organisieren mit Konzernvertretern, Politikern und Arbeitnehmervertretern.
9. Hintergrund beleuchten: Wie ist der Markt auf dem Sektor aufgestellt.
10. Stellungnahmen der Fraktionen einholen.
11. Grafik zum Aufbau der GmbH oder AG.
12. Vergleiche mit anderen Kommunen anstellen (Erfahrungen).
13. Nach der Privatisierung regelmäßig (100 Tage, 1 Jahr usw.) Bilanz ziehen und hinterfragen.
14. Bei der regelmäßigen Kommentierung auf eine Linie der Redaktion achten. Verschiedene Aspekte kommentieren.
15. Gastkommentare organisieren.

Infoquellen über Privatisierung:

Drehscheibe
 Städte- und Gemeindetag
 Kommunalpolitische Blätter der Friedrich Ebert-Stiftung
 Hans-Böckler-Stiftung
 Friedrich-Naumann-Stiftung
 Konrad-Adenauer-Stiftung
 Industrie- und Handelskammer
 Gewerkschaften
 Bund der Steuerzahler
 Wirtschaftsreferate Stadt und Land
 Hausarchiv
 Wirtschaftsressort
 Internet

Fit für Veränderungen
Monika Jäger, Mindener Tageblatt**1. Vision oder Wahnvorstellung?**

Ich sehe das deutlich vor mir: Sie kommen am Montagmorgen nach diesem Seminar in die Redaktion. Schon die Sekretärin empfängt Sie mit strahlendem Lächeln. Die Kollegen sitzen bestens gelaunt und erwartungsvoll im Konferenzraum. Sondertreffen: Immerhin kommt da ja jetzt einer, der nicht nur einen Sack voll guter Ideen mitbringt, sondern der auch ganz viel Schwung für Veränderungen bekommen hat. Einer, der so richtig Lust hat, jetzt reinzuhauen und mit frischem Wind den miefigen „das-haben-wir-doch-immer-so-gemacht“-Nebel aus der Ecke pustet. Das hebt die Stimmung im Team und sorgt für eine bessere Zeitung, eine Zeitung, die beispielsweise ernst nimmt, dass sich Leserinnen und Leser verändern.

In den nächsten Wochen bekommen Sie Freiräume – Zeit, Neues in Gang zu setzen. Einen kleinen, aber festen Etat. Platz in der Zeitung. Ihre Kollegen begleiten Ihre Ideen und Anstrengungen interessiert und kritisch. Damit alles, was Sie aufbauen, nicht zusammenbricht, wenn Sie mal krank sind oder Urlaub haben, gibt es gut funktionierende Vertretungsregelungen. Kolleginnen und Kollegen informieren sich immer wieder im Reader, den sie aus den Seminarunterlagen zusammengestellt haben und der in der Handbibliothek der Redaktion steht.

Das ist bei Ihnen nicht so? Der Ressortchef begrüßt Sie mit „Na, schönen Urlaub gehabt?“ Sie sind Einzelkämpfer in einem belächelten Ressort, der Spielwiese für den Redaktionsnach-

wuchs? Da sind Sie nicht allein. Sehen Sie sich um – es gibt noch ein paar mehr von Ihrer Sorte.

Allerdings leider nicht in Ihrem direkten Arbeitsumfeld. Also: Auch wenn Sie sich fit für Veränderungen fühlen – das Team tut das noch lange nicht.

Ich soll Ihnen nun sagen, was Sie da tun können. Wäre ich Hermine (für Nicht-Eingeweihte: Die Freundin von Zauberlehrling Harry Potter) wäre alles ganz einfach: Ich schwänge meinen Zauberstab und schwuppdwupp wäre alles so, wie Sie es sich wünschen und alle wären froh und glücklich, dass Sie brennend gerne neue Ideen umsetzen würden.

Aber statt eines Zauberstabs habe ich ein paar andere Dinge in meinem magischen Kasten: Eine große Salami und ein scharfes Messer, einen mächtigen Holzhammer, einige duftende Blumen und einen Spiegel, nicht zu vergessen eine Pipette und einen Stein.

2. Von Teams und Gruppen: Ein wenig Organisationstheorie

Fangen wir mit dem Grundsätzlichen an: Der Zusammenarbeit im Team. Die Männer und Frauen in einer Redaktion verfolgen ein gemeinsames Ziel, stellen sich in bestimmter Zeit einer konkreten Aufgabe – zum Beispiel der täglichen Produktion einer Zeitung mit Tiefe und Pep. An deren Erfüllung arbeiten alle – jeder in seiner Weise, jeder an einer anderen Stelle. Sie sind

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

ein Team, keine locker zufällig zusammengewürfelte Gruppe.

Teams arbeiten auf drei Ebenen zusammen: Auf der Sachebene (zur Erreichung des inhaltlichen Ziels); auf der Organisationsebene (welche Mittel werden zur Zielerreichung eingesetzt und wie sind die einzelnen Arbeitsstücke aufgeteilt); auf der Beziehungsebene (wie sind die zwischenmenschlichen Kontakte? Wie werden Konflikte gelöst? Wie ist Macht verteilt?).

Wer Veränderungen erreichen will tut gut daran, sich klarzumachen, dass diese drei Ebenen eng und unlösbar zusammenhängen. Ablehnung und Widerstand, der mit inhaltlichen Argumenten daher kommt, kann seine Wurzeln genauso gut auf der Organisationsebene oder der Beziehungsebene haben.

Beispiel gefällig? Bitte sehr: Jemand kommt vom Seminar zurück und würde gern einige Ideen in der Konferenz vorstellen. Allerdings ist dazu im Tagesgeschäft keine Zeit – die 20 Redaktionsminuten sind vollgestopft mit aktueller Planung. Als die seminarbewegte Kollegin am Ende der Konferenz sagt, sie würde gerne kurz die wichtigsten Erkenntnisse und Ideen präsentieren, wird sie unter Verweis auf die knappe Zeit und das Tagesgeschäft gestoppt. Auch an den folgenden Tagen wird für einen Bericht aus dem Seminar keine entsprechend längere Konferenz geplant. Dabei hätten sich die Kolleginnen und Kollegen schon für die Sache interessiert.

Ruth Pink hat solche Prozesse in „Kommunikation in Redaktionen“, auf den Punkt gebracht: „So können sich Kolleginnen und Kollegen zwar gegenseitig schätzen und sich dennoch schwer tun, Arbeitsabläufe in der Redaktion sinnvoll zu organisieren. Umgekehrt ist jedes Projekt zum Scheitern

verurteilt, wenn die Kommunikation im Team durch Misstrauen, Mobbing oder Manipulation geprägt ist. Die Art und Weise, wie beispielsweise Redaktions-sitzungen vorbereitet, organisiert und moderiert werden, ist also genauso wichtig wie der Blick auf zwischenmenschliche Beziehungsstörungen.“ (S. 58)

Ein markantes Beispiel für scheinbar inhaltliche Widerstände, die aber auf Probleme auf einer der anderen Ebenen hinweisen sind die allseits gefürchteten „Killerphrasen“: Inhaltliche Scheinmauern mit Fundamenten in anderen Bereichen. „Dafür haben wir keine Zeit“, „Das will keiner lesen“, „Das haben wir schon immer so gemacht“ heißt oft im Kern: „Ich habe Angst vor Veränderungen“.

3. Angst vor Veränderungen

Das können Sie den Kolleginnen und Kollegen noch nicht einmal übel nehmen. Der Arbeitsdruck in den Redaktionen wächst dramatisch. Die berufliche Freiheit und der Spaß an unserer Arbeit wird mit viel Kraft bezahlt, die wir auch anderswo brauchen könnten – etwa für die Familie oder für Freunde – und die aufzubringen uns mit zunehmendem Alter schwerer fällt. Lob gibt es selten, aber häufig Mecker. Wenn mal nicht von dem kleinen Oberkritiker in uns selbst, der sowieso fast nie zufrieden ist, dann eben von Lesern, Kollegen, Chefs. Unsere Arbeit steht unter dem Vergrößerungsglas; gleichzeitig ist unser Arbeitsplatz von technischen Veränderungen betroffen wie kaum ein zweiter. Und je mehr Technik wir benutzen, desto mehr Teilarbeiten in der Zeitungsproduktion wandern auf unseren Schreibtisch.

Die Veränderungen, die uns von außen Stück für Stück aufgezwungen werden, sind gewaltig. Textbearbeitung

(OHN) MACHT**Kommunalpolitik**

Wer verändern will, braucht eine Vision vom Endergebnis. Wie soll es werden: Definieren Sie genau das Ziel Ihrer Bemühungen. Wann haben Sie das Ende Ihrer Anstrengungen erreicht? Wann waren Sie erfolgreich? Ziele sollten Schritt für Schritt in Teilziele aufgeteilt werden. Schreiben Sie alle Teilziele auf. Überlegen Sie einen realistischen Zeitplan. Mal wieder ein Beispiel: „Unser Lokalteil soll mit Beginn nach den Ferien jeden Samstag einen Gastkommentar von Schülern unserer Stadt enthalten“ kann ein Teilziel im großen Konzept „jugendgerechte Zeitung“ sein. Ist das der erste Schritt? Oder der fünfte? Welches sind die anderen Schritte?

1. Zielplanung**2. Vision (langfristige Ziele)****3. Nächste Schritte (messbare, operative Ziele)****4. Maßnahmen (wodurch werden die Ziele erreicht)****5. Aufgabenverteilung (wer ist verantwortlich)****Motivation analysieren**

Strategisches Planen verlangt zweitens Selbsterkenntnis und drittens Analyse des Nutzens für die anderen. Darum ist auch der Spiegel wichtig. Warum wollen Sie überhaupt die neuen Ideen umsetzen? Haben Sie einfach mal Lust auf was Neues im Alltagstrott? Suchen Sie ein Feld, um sich zu profilieren? Spekulieren Sie auf eine Gehaltserhöhung? Wollen Sie einen besseren Lokalteil? Wollen Sie das Überleben der Zeitung sichern? Möchten Sie, dass der Verlag mehr verdient?

Sicher ist: Ihre privaten Gründe sind dem Verlag piepegal. Der will wissen, was er davon hat, Sie zu unterstützen. Schwarz auf Weiß. Mit Zahlen und Fakten, Fakten Fakten.

Verbündete suchen

Verbündete für Ihre Ziele bekommen Sie nur, wenn Sie gute Argumente bieten. Und die sind für jeden anders. Welchen Nutzen hat jemand davon, Sie zu unterstützen? Übrigens: Nur der Chefredakteur und vielleicht der Lokalchef sind dazu verpflichtet „höhere Auflage“ oder „besseres Image für die Zeitung“ oder gar „Zielgruppenpflege“ als gute Argumente positiv zu bewerten. Kollegen brauchen andere Anreize. Spaß zum Beispiel. Oder Gelegenheit, ihre Kreativität auszuleben. Oder das „Eine-Hand-wäscht-die-andere-Prinzip.“ Machen Sie sich vorher klar: Wen können Sie mit welchen Argumenten gewinnen? Führen Sie Einzelgespräche. Gewinnen Sie Verbündete. Nutzen Sie Schwächen und Vorlieben anderer ruhig gezielt aus, wenn Sie das können. Ach ja, und: Präsentieren Sie Ihre Ideen dabei so, wie es jedem einzelnen angemessen ist. Denken Sie dran: Vor allem die Augen wollen „Futter“ bekommen. Was man sieht, merkt man sich besser.

Eng damit verbunden sind die vermutlichen **Reaktionen**. Diese vorwegzunehmen hilft beim Formulieren der eigenen Argumente. Halten Ihre Chefs den Bereich „Neue Ideen“ für ihre eigene Spielwiese? Oder sagt Ihr Chef gerne „Machen Sie mal“, ohne jedoch dann Ressourcen – Zeit und Geld – zu geben? Wie verhalten Sie sich in diesem Fall?

Das ist nicht Ihr Job? Wenn Sie etwas verändern wollen, schon.

Taktik auswählen

Dies ist der Punkt, an dem ich meine Salami, das scharfe Messer und den

(OHN) MACHT

Kommunalpolitik

am PC, von Emails, die direkt in der Redaktion einlaufen und die wir ins Textsystem heben, ohne je einen Fetzen Papier dazu benutzt zu haben. Recherche im Internet, digitale Fotografie, Bildbearbeitung und Bildschnitt mit einfachen Programmen, Korrekturprogramm, elektronischer Terminkalender, Pager und Handy für den Bereitschaftsdienst, ISDN-Telefone mit Makel- und Konferenzfunktion... Wir arbeiten mit Kollegen, die im Bleisatz und mit Schreibmaschine redaktionell „groß“ geworden sind. Wir schreiben für Leserinnen und Leser, die Print-Medien immer weniger wichtig finden. Das verunsichert auch,

Und verführt: Denn wer technische Veränderungen vornimmt, verändert ja, ist ja modern. Aber bleibt da noch Zeit für Konzept-Diskussionen? Selbstkritik? Anstrengende und herausfordernde Projekte? Ist da noch Kraft und Bereitschaft, sich mit der Tatsache auseinander zu setzen, dass wir unsere Leser leider doch nicht so gut kennen, wie wir immer meinen und dass auch unsere geniale Schreibe und knallharte Recherche verbesserungsfähig sind? Da ist es doch einfacher, noch ein bisschen mit dem neuen Bildbearbeitungs-Programm zu spielen...

Was passiert nun, wenn Sie mit neuen Ideen und Seminarschwung kommen? Sie verunsichern die Kolleginnen und Kollegen: Sind sie selbst nicht mehr auf der Höhe? Kommt mehr Arbeit auf sie zu? Sie erwecken Neid: Sie brennen für ein Thema, andere haben dieses Engagement vielleicht längst verloren. Sie schwärmen vom Nutzen für die Zeitung, die Kollegen hören schweigend zu und denken, Sie wollten sich auf deren Kosten selbst verwirklichen und profilieren. Jede Stunde, die Sie sich aus dem alltäglichen Überschriften machen, Meldungen schreiben, Texte redigieren und Termine besuchen rausziehen, muss ir-

gendwo ein anderer dranhängen. Denn die Arbeit wird nicht weniger, nur weil Sie jetzt ein neues Arbeitsfeld entdeckt haben.

Veränderungen – passiv erlebt – machen Angst. Aber auch das aktive Verändern geht nicht ohne die entsprechende Spezialausrüstung.

4. Von der Idee zur Umsetzung: Strategie entwickeln

Wer aktiv verändern will, muss für seine Idee werben und eine Strategie entwickeln. Noch einmal Ruth Pink: „Wie werbe ich für meine Idee? Indem ich mich zunächst mit verschiedenen Erfolgsstrategien beschäftige. Häufig lohnt es sich, nicht nur einen Lösungsweg ins Auge zu fassen, sondern mehrere Möglichkeiten auszuloten. Statt beispielsweise in einer Diskussionsrunde die eigenen Vorschläge unverblümt auf den Tisch zu legen, kann es durchaus sinnvoll sein, sich im Vorfeld erst mal Verbündete zu suchen. In Einzelgesprächen fällt es meist leichter, andere zu überzeugen und so um Unterstützung für eigene Ideen zu werben. Dabei ist es wichtig, nicht nur überzeugend zu argumentieren, sondern auch die Ideen anschaulich und einprägsam vorzustellen. (...) Überlegen Sie also, wie Sie Ihre Einfälle pfiffig präsentieren können.“ (S. 110)

Ziel definieren

Erstmal zum Ziel. Der besser: Zu den Zielen. Denn wichtig sind nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die der Organisation. Zentrale Frage: Wer kann und will mit meiner Idee was erreichen? Nur, wer die Ziele all derer kennt, die zur Umsetzung der Idee nötig sind, kann den richtigen Weg zum Ziel gehen und Hindernisse rechtzeitig erkennen. Gibt es beispielsweise redaktionelle Vereinbarungen, die man nutzen kann – Jahrespläne und anderes?

(OHN) MACHT**Kommunalpolitik**

Holzhammer auspacke. Denn wer das ganze Paket auf den Redaktionstisch schmeißt, kann anderen Angst machen und Widerstände aufbauen. Die Holzhammermethode ist nur selten erfolgreich – und in einem Team von Gleichgestellten eher überhaupt nicht. Bleibt die zweite Variante, die Salami-taktik: Scheibchenweise, von Teilziel zu Teilziel.

Finden Sie einen Weg, sich selbst an diese Teilziele zu erinnern. Schließen Sie Selbst-Verträge; schreiben Sie sich selbst Briefe mit Teilzielen und Zeit-schienen und lassen Sie sie durch andere Teilnehmer dieses Seminars zu vorgegebenen Zeiten an Sie absenden. Nutzen Sie die Erinnerungsfunktion Ihres elektronischen Kalenders. Belohnen Sie sich, wenn Sie Teilziele erreicht haben. Kontrollieren Sie, was erreicht wurde.

- Wie marktfähig ist meine Idee zur Zeit?
- Neigt unser Team zur Problemanalyse statt zu Visionen?
- Wo wird es welche Hindernisse geben?
- Wer wird die Hindernisse in den Weg stellen und warum?
- Was kann ich tun, um diese Hindernisse zu umgehen und auszuräumen?
- Brauche ich für Redaktion, Chefredaktion, Verlagsleitung unterschiedliche Taktiken?
- Wo gibt es natürliche Verbündete, etwa die Marketingabteilung?

Gelegenheit zum Verkauf der Idee

Zur Strategie gehört auch, Gelegenheiten zu suchen oder zu schaffen. Machen Sie Appetit auf Ihr Thema, wecken Sie die Neugier der Kollegen. Wie im Beispiel oben erwähnt: Die Darstellung von Seminarinhalten, die Vorstellung neuer Konzepte braucht eine gewisse Zeit – und die Kollegen müssen dazu den Kopf frei haben. Setzen Sie

einen Ort und einen Zeitpunkt dafür fest. Informieren Sie die Teilnehmer über das, was auf der Tagesordnung steht. Sagen Sie vorher klar, wie viel Zeit Sie brauchen. Überschreiten Sie diesen Zeitrahmen nicht.

Gelegenheit kann auch anders verstanden werden. Fragen Sie sich (und Ihr Team): Wo ist im Feld der regelmäßigen redaktionellen Aktivitäten Raum, Ihre Idee in Teilen unterzubringen? (Serie, Telefonaktion...) Gibt es Zeiten, wo das Team froh sein wird, wenn Sie mit einer zündenden Idee kommen? Etwa im Sommerloch? Für Sonderbeilagen?

Argumente sammeln

Lassen Sie nicht durch Killerphrasen und Angriffe aus der Ruhe bringen. Bleiben Sie sachlich und fair. Diskutieren Sie nicht über die Argumente, die in Form von Killerphrasen daher kommen. Nehmen Sie Gegenwehr gegen Ihre Ideen nicht persönlich. Bereiten Sie sich auf motivierende Gesprächsführung vor. Lernen Sie loben, Positives zu sehen und anzusprechen. Pink: „Loben ist ein kreativer Akt, der Einfallsreichtum und Phantasie erfordert. Fragen Sie sich: Wie kann ich sprachlich Lob so ausdrücken, dass es bei der entsprechenden Person positiv ankommt.“ Daher die Blumen in meinem Paket.

Nehmen Sie Einwände ernst und bügeln Sie sie nicht ab. Beziehen Sie Positionen, zeigen Sie, dass Sie eigene Auffassungen überdenken und Gegenargumente berücksichtigen. Reden Sie nicht um den heißen Brei herum. Weisen Sie auf offene Fragen ehrlich hin. Sprechen Sie Konflikte sachlich an und beteiligen Sie Ihr Gegenüber an der Lösung der Konflikte. Noch einmal: Nehmen Sie Gegenargumente nicht persönlich. Stellen Sie Fragen, hören Sie zu, fassen Sie Argumente der anderen zusammen – dann fühlen die

(OHN) MACHT**Kommunalpolitik**

sich ernst genommen und werden auch Ihnen besser zuhören.

Erreichtes kontrollieren

Wetten, dass Ihr Schwung aus diesem Seminar spätestens nach einem Viertel Jahr abhanden gekommen ist? Seien Sie geduldig. Planen Sie langfristig. Lassen Sie sich durch Rückschläge nicht entmutigen. Schließen Sie Zielvereinbarungen mit sich selbst. Schaffen Sie ein Netzwerk von Menschen, denen es ähnlich geht wie Ihnen. Menschen aus diesem Seminar zum Beispiel. Das weiche Wasser höhlt den Stein – darum die Pipette und der Felsen in meinem Zauberkasten.

5. Argumente sammeln und parat haben
6. Schwächen erkennen und ausnutzen
7. Geduldig sein, langfristig planen
8. Immer wieder Erreichtes kontrollieren
9. Netzwerk zur Unterstützung schaffen und nutzen

**Von der Idee zur Umsetzung**

1. Ziel definieren
2. Taktik auswählen
3. Verbündete suchen
4. Gelegenheit zum Verkauf der Idee schaffen

www.drehscheibe.org

Besuchen Sie uns im Internet

impressum

DREHSCHIEBE plus Magazin

Haus: Dittlerstraße 1 • 12025 Berlin
 Postfach 3107 61 • 12025 Berlin
 Tel: 030 2540 91 0 • Fax: 030 2540 91 1
 E-Mail: abonn@drehscheibe.org • Internet: www.drehscheibe.org

Herausgeber: Projektteam Lokaljournalisten
 Dittlerstraße 1 • 12025 Berlin
 Postfach 11 • 12025 Berlin

Haus: Dittlerstraße 1 • 12025 Berlin
 Postfach 3107 61 • 12025 Berlin
 Webpage: www.drehscheibe.org
 E-Mail: abonn@drehscheibe.org
 Internet: www.drehscheibe.org
 Tel: 030 2540 91 0 • Fax: 030 2540 91 1

Redaktion: Heiko Grull

Verlag: Initiative Tageszeitung u. V.

FAX: 02 28 / 47 76 67**Hier haben Sie die Möglichkeit,**

zu den Themenvorschlägen der **DREHSCHIEBE** Anregungen, Hintergrund und Beispiel-Artikel per Fax oder Mail abzurufen. Ein kostenloser Service für Abonnenten. Haben Sie noch Fragen? Anruf genügt: 0228/40 38 76.

Thema**BLINDE UND SEHBEHINDERTE****6. Juni: Sehbehindertentag**

Geldscheine, Ampeln, Tanzkurse, Kirchenbesichtigungen, Busfahren - ganz alltägliche Dinge können für Blinde und sehbehinderte Menschen mit großen Hürden verbunden sein. Die Beiträge auf der Ideenliste zeigen, wie Journalisten diese Alltagserfahrungen in der Zeitung dargestellt haben.

Thema**MUSIK****15. Juni: Deutscher Musikschultag/21. Juni: Europäischer Tag der Musik**

Musik ist allgegenwärtig, im Konzertsaal, in der Telefon-Warteschleife, im Supermarkt. Lokaljournalisten waren Tönen und „Ton-Machern“ auf der Spur, haben z.B. einen Alleinunterhalter begleitet, Liedtexte verglichen und städtische Kulturschaffende gefragt, wie kritisch ein Kritiker eigentlich sein darf.

- bitte faxen/mailen* Sie die Liste: **BLINDE UND SEHBEHINDERTE**
- bitte faxen/mailen* Sie die Liste: **ALTE IN DER FAMILIE**
- bitte faxen/mailen* Sie mir außerdem eine Liste zum Thema:

* Nichtzutreffendes bitte streichen

bitte faxen Sie mir auch Informationen zum Seminar:

- Seminar** „Neonazis im Internet - Recherchestrategien gegen Rechtsextremismus“
4./5. Juni 2002, Bonn, ITZ/Bündnis für Demokratie und Toleranz
- Infotag** „Patient Gesundheit“
17./18. Juni 2002, Berlin, ITZ/VFA

Bitte geben Sie Ihre Adresse immer vollständig mit Namen, Telefon- und Faxnummer an. So stellen Sie sicher, dass wir Ihnen das gewünschte Material umgehend zuschicken können.

Zeitung: _____ Name: _____

Redaktion: _____ PLZ/Ort: _____

Straße: _____ Telefon: _____

Fax: _____ E-Mail: _____

www.drehscheibe.org

Artikel aus den o.g. Listen können Sie auch online anfordern: www.drehscheibe.org/ideenlisten-archiv.php • Sie können sich die jeweils neuen Ideenlisten aus der **DREHSCHIEBE** auch

Ideenlisten 07/2002

